

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

222 (24.9.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abonnementpreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatlich 1.80 M., vierteljährlich 4.50 M., halbjährlich 8.00 M., jährlich 15.00 M.; durch die Post 1.74 M. beginnend 6.22 M. voranzahlbar. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/21 und 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Redaktion Nr. 431. Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeitung od. deren Raum 25 A, zuzügl. 30% Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/20 vorm. für große Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Gespannte innerpolitische Lage in Italien.

Der Mut zur Wahrheit.

Der bekannte französische Gewerkschaftsführer L. Meerheim-Paris steht auf dem äußersten linken Flügel der französischen Partei und ist während des Krieges als sogenannter „Kienthaler“ herorgetreten. Meerheim ist also ein Gegner oder mindestens kein Freund von uns deutschen Mehrheitssozialisten, aber ein Mann von großer praktischer und faktischer Erfahrung, mit Mut und dem Blick für die realen Tatsachen begabt. Meerheim hat in einer Reihe französischer Städte eine Rede gehalten, die er nun auf Drängen von sozialistischen Organisationen in Broschürenform herausgegeben hat. Was Meerheim in seiner Rede mutig den Arbeitern sagt, trifft auch auf die deutschen Verhältnisse zu. Wir lassen deshalb den hauptsächlichsten Inhalt der Meerheim'schen Rede hier folgen. Nach einer Einleitung führte der radikale französische Arbeiterführer aus:

Nicht allein, um dem Wunsch meiner Freunde zu entsprechen, habe ich mich schließlich zur Veröffentlichung bereit erklärt, sondern vor allem weil wir uns in einer entscheidenden Stunde befinden, in einem Moment, wo wir in der Arbeiterbewegung die Mut haben müssen, zu sprechen weil wir uns nicht von der unorganisierten Masse, von der entseelten Menge beherrschen und mitreißen lassen dürfen, die durch die Not auf die Straße gestoßen wurde und nun einfach die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse mit Hilfe von Lohn-erhöhungen verlangt.

Die Führer in der Arbeiterbewegung schulden der Masse die Wahrheit, die volle Wahrheit, selbst wenn diese Wahrheit ihnen den Haß und die Verleumdung einträgt und wenn es selbst ein unbegrenzter Haß ist, dem sie sich aussetzen.

Der Moment ist gekommen, um der Rede von Jaurès an die Jugend zu erinnern, als er ihr den Mut erläuterte, den jeder Mensch im Leben haben und in die Praxis umsetzen sollte. „Mut bedeutet“, sagte er ihnen, „die Wahrheit zu suchen und zu sagen; Mut bedeutet, sich nicht dem Geißel der triumphierend vorüberziehenden Lüge zu beugen und unsere Seele, unsere Mund und unsere Hände nicht zum Echo törichtem Beifall und fanatischer Gescheißes zu machen.“

Nun ist aber eine Wahrheit für alle diejenigen, welche denken können, daß auf die Anruf, von der die Massen durchstößt werden, alle einzig und allein auf die Erhöhung der Löhne hinauslaufenden Lösungen nicht nur ohne Einfluß sind, sondern auch im absoluten Gegensatz zu den natürlichen wirtschaftlichen Gesetzen stehen. Es ist unabwendbar, die gegenwärtige Form der Güterproduktion und -verteilung völlig umzuformen, wenn man eine wirkliche und dauerhafte Besserung erzielen will und man kann und soll dazu gelangen durch die Macht der Organisation.

Zur Stunde wird jede durch die Arbeiter erzwungene Lohn-erhöhung unmittelbar verfolgt von einer mindestens gleichwertigen, meist jedoch noch höheren Steigerung der Lebenshaltung.

Es ist gegenwärtig so leicht, den Beifall der Massen zu erlangen, wenn man ihren natürlichen Instinkten schmeichelt. Seit der Kriegserklärung war die der Presse von den Regierenden übergebene Parole: „Ihr müßt die Seeleute des Hafens sein“ und die Presse hat seit fünf Jahren nicht einen Augenblick aufgehört, den Haß zu säen. In der Lüge und im Haß, im individuellen Egoismus, den man nach Möglichkeit ermutigte, und der nach Kräften betriebenen Aufspaltung persönlicher Regierungen hat man die Kraft zur Verlängerung des Krieges gefunden und es verstanden, diese Verlängerung durch die arbeitenden Massen akzeptieren zu lassen. Herz und Hirn der einzelnen Individuen ist erfüllt von Egoismus und Haß und von nichts als Haß. Das erzeugt einen tiefen Sceptizismus und Egoismus und eine merkbare Abkühlung des moralischen Empfindens, die wiederum den Glauben erweckt, daß eine unaufrichtige Erhöhung der Löhne auch eine Verdrückung des einzelnen bedeute.

Deshalb jandern auch die Massen, wenn man ihnen von einer Erhöhung der Löhne spricht und ihnen anrät, ihre Produktion nicht zu erhöhen oder sie gar zu beschränken. Es ist leicht, frenetischen Beifall zu ernten, wenn man den Versammlungsbefehlern erzählt, daß Güter in Ueberfülle da seien, und daß jeder ohne Einschränkung verzehren, seinen Wohlstand erhöhen und Löhne durchsetzen könne, die es ihm ermöglichen würden, seine persönlichen Wünsche und Ansprüche an das Leben erfüllt zu sehen, ohne die Gütererzeugung steigern zu müssen.

Welches auch der Redner sein möge, der so zur Masse spricht, er ist sicher, damit ungeheuren Beifall zu erzielen. Es ist der Instinkt der Masse, dieser reisenden Woge der Straße, der darin triumphiert; denn er kennt nur einen Gedanken: Gassen, und somit haßt er auch die Produktion und in naturnotwendiger Folge auch die Arbeit. Das ist Ihr Wert, Ihr Herr von der Regierung und Ihre Herren Journalisten! Das ist das Resultat fünfjähriger unaufhörlicher Lüge und des ununterbrochenen Aufbaus zum Haß gegen die Wahrheit.

Aber, man täusche sich nicht, der Rückschlag wird einreten und die Begeisterung dieser selbst Masse wird abflauen. Sie wird wieder in ihre alte Gleichgültigkeit zurückfallen, ohne

jeden Anhalt und ohne Macht, wird irgendeiner Diktator zum Opfer fallen, der Diktatur eines Cäsar oder einer Reaktion, welche die Zivilisation nur wiederum zurückdrängen wird.

Deshalb müssen alle wahren Freunde der Arbeiterklasse gegenwärtig den Mut haben, sich nicht von ihren Organisationsprinzipien abbringen und durch jene Masse beherrschen zu lassen. Sie sollen ihr sagen, unermüdlich für alles Gefähr und alle Verleumdung, daß diejenigen, die da behaupten, es sei angängig, viel zu versprechen und wenig zu erzeugen, die Arbeitermassen täuschen und ihnen eine Zukunft unfähiger Leiden und Entbehrungen vorbereiten.

Mut heißt es, der Masse zu sagen, ihr es immer wieder einzuprägen, daß jeder einzelne zu gleicher Zeit Erzeuger und Verbraucher und daß die unaufhörliche Weiterentwicklung der Erzeugung unbedingt nötig ist. Daß es schon nicht möglich ist, die gewöhnlichen natürlichen Bedürfnisse jedes einzelnen zu befriedigen, ohne in normaler Weise zu produzieren und daß somit unmöglich daran gedacht werden kann, den allgemeinen Wohlstand zu erhöhen, wenn man nicht zu gleicher Zeit im Allgemeinen die produktive Leistung des einzelnen steigert.

Mut heißt es, laut hinauszurufen, daß die rein politische Revolution, die den Geist der Massen umnebelt, unfähig ist, das soziale Problem, dessen beschränkte Lösung der Krieg unabweisbar gemacht hat, auch wirklich zu lösen.

Mut ist es, der Masse immer und immer zu sagen, daß die Revolution, die vorbereitet werden muß, die wirtschaftliche Revolution ist, und daß diese nicht in der Straße durchgeführt werden wird durch eine entseelten, nicht denkfähige Menge, die nur gerührt aus Lust zur Zerstörung und Plünderung.

Ich dagegen in der Wirklichkeit eine wirtschaftliche Revolution ihre Kraft in der Arbeit findet und sich häuft, fortentwickelt und erfüllt durch eine veritabile Gütererzeugung auf den Gebieten, in den Verhältnissen und Zyklen, durch eine verbesserte Anwendung aller wissenschaftlichen und sonstigen Produktionsmethoden.

Und weil man in der gegenwärtigen Zeit niemals genug diese Wahrheiten der Masse erzählen und wiederholen kann, deswegen habe ich mich mit der Veröffentlichung dieser Broschüre einverstanden erklärt.

Politische Uebersicht.

„Verbrecherischer Kriegswille, Schwäche und Unfähigkeit.“

Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ faßt ihr Urteil über die deutsche und österreichische Regierung bei Kriegsausbruch in diese scharfen Sätze zusammen:

„Jocierlei steht fest, nimmermehr mit unwiderleglicher Sicherheit fest: der geradezu verbrecherische Kriegswille der damaligen österreichisch-ungarischen Regierung und ihres Leiters des Grafen Berchtold, an dem alle Bemühungen von deutscher und feindlicher Seite, den Ausbruch des Konfliktes in letzter Stunde zu verhindern, scheitern mußten, und die in ihrer Ungeheuerlichkeit tragische Unfähigkeit und Schwäche der deutschen Reichsleitung, die wider den eigenen Willen und ihre bessere Ueberzeugung von dem schwächeren Bundesgenossen sich in den Krieg hat hineintreiben lassen, der zum furchtbarsten Sündenfall für das deutsche Volk werden mußte. Bewußt und vorwärts hat die f. u. k. Diplomatie in der Verfolgung einer schon vor der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in ihren Richtlinien festgelegten Prestigepolitik den Konflikt mit Serbien zu kriegerischer Lösung getrieben. Mit einem Raffinement, das seinesgleichen in der Weltgeschichte sucht, hat Graf Berchtold es schließlich noch fertig gebracht, allen Verdacht, den Krieg gewollt und wissenschaftlich herbeigeführt zu haben, von sich auf Deutschland abzuwälzen und es noch im Friedensvertrag für diese seine vermeintliche Schuld, die in Wahrheit die Schuld Oesterreichs war, büßen zu lassen. Im Inland wie im Ausland wird der Eindruck außerordentlich sein. In jedem Falle aber wird dadurch die Verantwortung der deutschen Regierung dem eigenen Volke gegenüber aufs höchste gesteigert. Leichtfertiger, fahrlässiger und unter größerer Verkennung der weltpolitischen Situation ist wohl noch niemals ein Volk in einen Krieg hineingeführt worden wie das deutsche Volk, das heute in einem Zusammenbruch sondergleichen die ans Fribole grenzende Leichtfertigkeit, die nur mit politischem Schwachsinn zu erklärende Unfähigkeit seiner Staatsleiter büßt. Bleibt nur noch die Frage offen, warum diese Veröffentlichung erst heute erfolgt. Sollte man in Berlin, wie es die „Kreuzzeitung“ annimmt, tatsächlich in der Rücksicht auf den Bundegenossen so weit gegangen sein, daß Deutschland ohne jede Aufklärung das furchtbare Odium des Kriegsstifters auf sich nahm und bis jetzt auf sich sitzen ließ?“

Durch die Veröffentlichungen des „Vorwärts“-Redakteurs Schiff ist die Schlüsfrage der „Frankfurter Ztg.“ beantwortet. Diese bei Kriegsausbruch und während seiner Dauer amtierende, unfähige und Inedeltliche Regierungsbände in Berlin hat tatsächlich auf Deutschland alle Schuld sitzen lassen, nur um die verlotterten Sababurger und ihre Staatsverbrecher zu deden. Nun ist auch Herr v. Bethmann für den Staatsgerichtshof reif.

Neue Niesenstreiks.

Es. Der Wert der deutschen Mark im Ausland ist gegenwärtig rund 15 Pfennig. Zu diesem jämmerlichen Tiefstand haben eine Fülle von Umständen beigetragen: Vermögensverluste im Ausland zum Zwecke der Steuerflucht, Zustromen der elf Milliarden Mark deutschen Geldes, die in Rumänien, Polen und anderen besetzten Gebieten zirkulierten, auf den Weltmarkt, deutsche Lebensmittel-einkäufe, verfehlte Maßnahmen des Reichsfinanzministers Erzberger, die Besorgnis der Kreditgeber wegen der unabhängigen und kommunikativen Gefahr in Deutschland usw. Entscheidend bleibt aber für den Kursstand, daß Deutschland eben gegenwärtig mehr ist und verbraucht, als es erzeugt und mit Waren bezahlen kann. Solange dieser Zustand fort dauert, muß die deutsche Valuta immer weiter sinken, bis eines Tages das Ausland die deutsche Mark überhand nicht mehr in Zahlung nimmt, der deutsche Kredit völlig erschöpft ist. Wer in solcher Zeit die deutsche Wirtschaft durch neue Streiks löst, ist ein Verbrecher am deutschen Volk, gleichviel ob der Streik durch die Arbeiter oder durch die Kapitalisten verschuldet ist.

Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß gerade in letzter Zeit die Unternehmer sich in zahllosen Fällen offenbar ins Unrecht setzen. Zwischen dem Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeber-Schuhverband ist monatelang verhandelt worden, erst allein, dann im Reichsarbeitsministerium. Da man sich nicht einigen konnte, mußte schließlich ein Schiedsgericht entscheiden. Es fällt nach vielen Verzögerungen und Teilschicksalen, die entstehen, weil die Unternehmer keinen Schiedspruch annehmen wollten, seinen Spruch, und schließlich war der Vertrag fertig. Da plötzlich lehnt die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schuhverbandes am 10. September den von den beiden Verhandlungskommissionen vereinbarten Meisttarifvertrag ab, die Arbeitgeber lassen ihren Vorstand und ihre Verhandlungskommission im Stich. Nun selbstverständlich ist der Holzarbeiterverband völlig frei, die Interessen seiner Mitglieder durch alle zweckmäßigen Mittel wahrzunehmen. Die Verantwortung für jede Störung der Produktion trifft mit voller Wucht die eigenmächtigen Holzindustriellen.

Technisch steht es mit der Tarifbewegung der Häuten und Metallarbeiter im Ruhrrevier. Hier tagte das Schiedsgericht beim Reichskommissar Seebing, aber kein unparteiischer Spruch wurde trotz der vorangegangenen endlosen Verhandlungen von den Unternehmern abgehört. Wenn jetzt die Gewerkschaften ihre Mitglieder zur Einreichung der Klage veranlassen, so ist das Recht jenen klar auf ihrer Seite.

Nicht dasselbe kann man leider von den Berliner Metallarbeitern sagen, die sich einer ebenso unangenehm hängigen wie unfähigen Leitung erfreuen. Auch hier wurde das Reichsarbeitsamt angerufen, aber noch ehe der Schiedspruch gefällt wurde, brachen die Metallarbeiter die weiteren Verhandlungen ab, weil ihnen einige Teilschiedsprüche nicht gefallen. Sie behaupteten, daß sie gegen Lohnfällungen kämpfen müßten, obwohl der Unternehmerverband sich feierlich verpflichtet mußte, solchen Herabsetzungen mit aller Kraft entgegenzutreten.

Immer dringlicher taucht die Frage auf, ob es sich die Allgemeinheit gefallen lassen muß, daß starrsinnige Holzindustrielle, herrschsüchtige Unternehmer der Metallindustrie und unfähige „Gewerkschaftsbosonen“ ihre den dünnen Lebensboden zerreißten. Das allgemeine Wohl soll das höchste Gesetz sein — so lautet das oberste Grundgesetz des Sozialismus.

Die reaktionären Volksverderber an der Arbeit.

Sie wählen und heben wie Bessene, die mit tausendfacher Pflichtschuld beladenen Unterdrücker und Ausbeuter des deutschen Volkes. Wie die folgenden Tatsachen beweisen. In einer unter den Soldaten verbreiteten Heftschrift „Einst und Jetzt“, werden die Soldaten wie folgt angelogen:

„Dieselbe Regierung, die eure Auflösung dem Feinde versprochen hat und durchführen wird (und, Soldaten, bald durchführen wird!), läßt euch mittellos auf dem Pflaster stehen. Sie, die mit Schrajen regiert, anstatt mit Taten, und allen streikenden Arbeitern, die ihr in Ruhe halten müßt, Staats- und Privatgeber nachwirft, handelt euch gegenüber nach dem Grundsatze: Sehe jeder, wie ers treibe, jehe jeder, wo er bleibe, und wer geht, daß er nicht falle.“

Weiter heißt es: „Nützen kann sich ein freier Mann nur, wenn er seine Zukunft gesichert weiß; wenn er weiß, daß die, die ihm den Eid abnehmen wollen, ihn auch wirklich zum Wohle des Volksganges, nicht nur, wie es seit November der Fall ist, zur Sicherung dauernder Lohnerbhöhung streikender Rabaukbrüder verwenden will.“

Eine andere Stelle: „Jetzt kommen die Nützlichsten dieses grauenvollen Zerstückelungswerks und verlangen, daß ihr gegen diese Auflösung ohne Zukunftssicherung nichts tut, Euch selber seisset durch einen Eid!“

Und wagt ihr überhaupt, was ihr beidwören sollt? Nein, ihr löst es nicht. Niemand weiß es. Weiter: „Und dieses Behauptete bestimmt auch, — wenn ihr nur erst einmal geschworen habt und Euch durch den Eid gebunden habt, Wer Adhuna vor Eiden hat, ... kann der

ereine. Saal. en Tanz. eiten in. orzüglich. 6555. in Bain. 175. —. stelle. ittwoch. 6 Uhr. 2. Stof. 6370. ch nach. Ihnen. Co. raphie. 547. hrung. alle. 3769. uf. ä mittel. fen. Offi- und schaft auf allen. fel. 30. 5. 6371. rik. Hüten. ung. 6032. gen. sührung. 6413. us. l. 339. t. rk. ördlich. Lab. lauchen. an, wie. Lab. laucher. 6008. u 2.

etwas beschreiben, was er gar nicht kennt, von dem niemand weiß, was es bringt. Und wer hat ein Interesse daran, Euch, Soldaten, die Ihr bisher treu im Dienst und zum Heile von Volk und Vaterland gedient habt, so eilig und so blind, so einseitig zu binden?

Die Deutschnationale Volkspartei bietet ihren Mitgliedern Knüppel zum Preise von 20 und 25 M an. In dem Anpreisungsschreiben heißt es:

Das Instrument gleicht einer starken Hundepeitsche und kann unauffällig auch auf Spaziergängen und Reisen mitgenommen werden. Es ist in zwei Ausführungen, einer stärkeren, in seiner Wirkung überaus fürchtbaren, und in einer schwächeren zu haben. „Geda“ (so ist der Knüppel genannt) wird nur an Herren und Damen abgegeben, die sich als Mitglieder eines nationalen Vereins ausweisen können.

Bei der Brigade des in letzter Zeit so oft genannten Obersten Reinhard, wird eine Karte verbreitet, auf der es 1. a. heißt:

„In des Kaisers stolzer Garde stehen wir, die Grenadier, dienen wir mit Lust und Freude, als des Landes Schutz und Zier. Unser Blut heißt: treu dem Kaiser, von dem nur der Tod uns trennt, darum lieb' mit heiligem Herzen ich mein blaues Regiment.“

In der von Offizieren viel gelesebenen „Täglichen Rundschau“ ist ein Heidegedicht abgedruckt, aus dem wir diese beiden Verse abdrucken:

Schwarzrotgold — das Mal der Schande,
Um dem Erdkreis zu verhängen,
Dass für Gold zu jedem Schmutze
Deutsche Hände sind zu finden.

Schwarzrotgold — des Henders Brandmal,
Das sie selbst sich aufgebracht,
Dass der Herr zum Knecht erniedrigt,
Dass der Mann sich selbst entmannt.

Für Judenpogrome, die als Vorläufer einer gegenrevolutionären Aktion dienen sollen, wird in Flugblättern Stimmung gemacht, aus denen wir diese Stellen zitieren:

„Bermüdet und tödlich alle, die sich gegen die göttliche Ordnung erheben. Es ist die höchste Zeit, fort mit den Verbrechern.“

„Wir deutschen Frauen werden uns würdig erweisen unseren germanischen Anfrauen, die ihren Männern in die tosende Schlacht folgten, und gleich unseren unerbittlichen Vorbildern werden wir selbst zu den Waffen greifen. Dann aber wehe euch Heilighen, wehe euch Wüstlingen!“

„Schlagt die Hunde doch einfach tot! Ach was, Volkssauflärung, ein paar Handgranaten sind doch zweckmäßiger!“

„Ihr wißt uns dem Munde der Juden selbst, daß diese im Bereiche mit einer Handvoll ehrsüchtiger Gesellen aus diese Zustände verschaffen haben. Das war nicht mehr und nicht weniger als Landesverrat höchster Potenz und verdient den Tod.“

So töben die Reaktionen. Und dieses Gestöhne will sich über die Kommunisten entladen. Es ist nur ein Glück, daß die Mehrheit der Arbeiter vernunft und kühles Blut bewahrt, sonst könnte es den reaktionären Herrschäften schlecht ergehen.

Kommunistischer Wahnsinn.

Die kommunistische „rote Fahne“ propagiert ganz offen die systematische Sabotage des Wirtschaftslebens, um das deutsche Volk ins furchtbare Elend zu stürzen und es dann — in der Verweiflung — in blutige Putsch zu treiben. Das Schandblatt schreibt:

Nicht Steigerung der Produktion, sondern Sabotage der Produktion heißt von nun an die Parole. Der Apparat der kapitalistischen Produktion gerät in Unordnung, wenn die Arbeitsleistung künftig auf ein Minimum beschränkt wird. Die neue Waffe in Anwendung zu bringen, bedarf es keiner weitläufigen Organisation. Schon das vorläufig nur lose und weiträumig gespannte Netz der Betriebsorganisation genügt vollkommen, eine wirksame Sabotage der Produktion durchzuführen. Die kleinste Gruppe, die sich plötzlich herausstellt aus dem vereinbarten Tempo der Arbeitsleistung hemmt den Betrieb, ersucht Ruhe und Unordnung, zwingt die Produktion auf den Weg, der in die Unrentabilität mündet. Die Unrentabilität des kapitalistischen Betriebs ist die Hoffnung des Sozialismus. Wir haben eine neue Waffe gefunden, wir wollen sie anwenden.“

Eine Abfrage an die Kommunisten.

Wie die Grazer Zeitung „Arbeiterwille“ berichtet, haben die Angehörigen der steierischen Gruppe der

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

87 Nachdruck verboten.

Am Tisch, im Niemezyer Ader, nicht weit von der Pryborowor Grenze wollte Valentin seine Stasia treffen. Am gestrigen Abend hatte sie ihm gesagt, daß sie heute nach Pryborowo gehen und verheiratet würde, dort jemanden zu sprechen. Daß sie in Chwaliborzec um Fürsprache bitten gänge, dagegen hatte der Bräutigam sich entschieden gewehrt. Wenn Stasia ihm zuliebe auch gern das Opfer bringen wollte — nein, darin sollte sie nur keinen Preis, wo man sich so unheimlich gegen sie betragen!

Um die Stunde des Abendessens hatten sie sich an der Menge verabredet. Nun hatte das Glöckchen lächelnd angeklopft, aber Stasia war noch nicht da. Ach, die alte Stasia, wie lange mußte sie wohl in Pryborowo warten! Der Verliebte sah im Geiste deutlich, wie sie ungeduldig hin und her trippelte und schließlich nach dem Stand der Sonne spähte, die sich schon neigte. Aber nur Geduld, Geduld, desto heißer würden nachher die Küsse sein!

In verlebtem Träumen lag der Burche unter den Weiden am Tisch und starrte ganz verloren, mit allseitig-müden Augen in das stumme Gesicht, das die untergehende Sonne über den Aekern wob.

Stasia war am zeitigen Nachmittag von Hause aufgebrochen. Das helle, rotgeputzte Sommerkleid stand ihr gut, es ließ den Hals ein wenig frei, und sie hatte, wie zum Schutz gegen die Sonne, mehr aber noch, weil es ihrer harten Haut schmeichelte, ein lechtes Mullschleiden darübergeleant. Einen Hut trug sie nicht, wohl aber spannte sie über das wuschlerichte, im Sonnenlicht wie silbrige Seide glänzende Haar den Sonnenschirm, den ihr einit die Herrin geschenkt hatte. Selber jammerte, den freien Arm hüftig ablenkend, schlenderte sie an den Rainen entlang. Wenn der Herbstwind über die Stoppel wehte und der Altwieserommer seine weißen Fäden spann, dann würde sie ein junges Weib sein und ein glückliches dazu! Der gute Junge würde ihr ja alles an den Augen ablesen!

Sie hob ihre linke Hand und ließ den goldenen Ring,

kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs der sozialdemokratischen Landesparteiversammlung mitgeteilt, daß sie sich von der kommunistischen Partei losgelagert haben, weil sie zur Erkenntnis gekommen seien, daß die Taktik dieser Partei das Proletariat schrecke und der Reaktion Vorschub leiste. Die Ereignisse in Deutschland und besonders in Ungarn hätten gezeigt, daß der Stand der gesellschaftlichen Entwicklung die Errichtung einer rein sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft zurzeit noch ausschließe. Aus diesem Grunde sei beschlossen worden, wieder in die sozialdemokratische Partei unter der Bedingung der gleichen und freien Meinungsäußerung innerhalb der Partei einzutreten.

Der Unabhängige Ströbel über die U.S.P.

Der unabhängige Schriftsteller Ströbel sagt seinen Parteifreunden diese Wahrheiten:

„Auch die Unabhängigen sollten endlich begreifen, daß eine Sicherung der deutschen Demokratie und die Benützung dieser Demokratie zur Herausarbeitung sozialistischer Gesellschaftsformen nur möglich ist, wenn das gesamte deutsche Proletariat in vereinter Kraftentfaltung den Widerstand der kapitalistischen Gegenkräfte niederzuringen versteht. Dazu kommt man aber nicht durch den bis zum Ueberdruß eintönigen Ruf nach der Rätediktatur und eine Opposition um jeden Preis, sondern nur durch eine Politik, die das wirtschaftlich Mögliche klar erkennt und scharf formuliert und ihre sozialistischen Ziele durch demokratische Mittel durchzusetzen sucht. Die Reichskonferenz der Unabhängigen, die kürzlich in Berlin tagte, zeigte eine erfreuliche Tendenz zur Klärung, doch gärt und brodelt es noch immer beträchtlich in den Reihen der Partei. Eine Partei, die solche Gegensätze umschließt, ist aktionsunfähig, außerstande, ihr Massengewicht in politischer Geltung umzusetzen.“

Wegen des Beidreie der U.S.P. nach sofortiger radikaler Sozialisierung, verhöhnt Ströbel seine Parteifreunde wie folgt im „Sozialist“:

„Wenn die Sozialisierung ein so einfaches Ding wäre, warum haben da unsere Genossen von der U.S.P. in den Gemeindeverwaltungen, die sie beherrschen, nicht schon etwas Vorbildliches geschafft? Warum haben sie nicht bereits die Lebensmittelförderung kommunalisiert oder, um ein Beispiel eines Beispiels herauszugreifen, die Versorgung des Proletariats mit Kleidern und Schuhen? Das wären doch durch uns lösbare Aufgaben im Vergleich zu der Neuaufgabe der Rätediktatur.“

Polen.

Galizien soll eine polnische Provinz werden.

Nach dem „Echo de Paris“ beschäftigt sich der Fünferat mit der galizischen Frage. Die Bevölkerung Galiziens besteht aber zu 40 Proz. aus Polen. Die Konferenz entschied deshalb, daß Galizien als autonome Provinz durch ein internationales Statut einzuweisen Polen angeliefert werden solle, daß aber weiter eine Volksabstimmung endgültig über das Schicksal Galiziens entscheiden wird. Galizien solle vorläufig durch einen Generalgouverneur der Regierung in Warschau verwaltet werden und einen Landtag und eine Verfassung erhalten.

Türkei.

Des Sultans Bitten an die Entente.

Konstantinopel, 23. Sept. Ein Vertreter des „Journal des Debats“ ist vom Sultan Mehmed VI. empfangen worden. Dieser erklärte: Seit 10 Monaten befindet sich die Türkei mit Frankreich und seinen Alliierten weder im Zustande des Krieges, noch dem des Friedens und diese schwerste moralische und materielle Elend. Die Lage der Türkei sei schlecht; er hoffe aber, daß die Alliierten die Unabhängigkeit und ihr Anrecht auf türkischen Grund und Boden, auf Grund eines tausendjährigen Besitzes anerkennen würden. Ueber die Lage in Anatolien sagte der Sul-

tan: Mitten im Waffenstillstande und gegen seine Bestimmungen wurden Gebiete des türkischen Besitzes, obwohl dort gar keine Unruhen ausgebrochen seien, von Fremden besetzt. Die Besitzung der Griechen in Smyrna, vereinigt mit der Nachricht, daß rein türkische Städte und Länder im westlichen Teil des türkischen Reiches der Türkei genommen werden sollten, hätten den heftigsten Widerhall bei den türkischen Untertanen gefunden. Von der Friedenskonferenz erwarte die Türkei ein gerechtes Urteil. Man müsse übrigens wissen, daß man nicht eine Türkei ausmitten könne, die nicht erkläre, die zwar Fehler begangen habe, die sie wieder gut machen wolle; die sich aber nicht erniedrigen lassen könne.

tan: Mitten im Waffenstillstande und gegen seine Bestimmungen wurden Gebiete des türkischen Besitzes, obwohl dort gar keine Unruhen ausgebrochen seien, von Fremden besetzt. Die Besitzung der Griechen in Smyrna, vereinigt mit der Nachricht, daß rein türkische Städte und Länder im westlichen Teil des türkischen Reiches der Türkei genommen werden sollten, hätten den heftigsten Widerhall bei den türkischen Untertanen gefunden. Von der Friedenskonferenz erwarte die Türkei ein gerechtes Urteil. Man müsse übrigens wissen, daß man nicht eine Türkei ausmitten könne, die nicht erkläre, die zwar Fehler begangen habe, die sie wieder gut machen wolle; die sich aber nicht erniedrigen lassen könne.

Kleine Nachrichten.

München. Der vor einigen Tagen aus der Festungshaft in Eichstätt entwichene frühere kommunistische Polizeipräsident von München, Max Günther, ist hier wieder festgenommen worden.

Berlin. In der Lieferung von 500 000 Tonnen Ruhrkohlen an Frankreich heißt es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, daß diese Menge auf die im Friedensvertrag vorgesehenen Lieferungen nach dessen Ratifizierung angerechnet werden solle. Die Lieferungen haben bereits begonnen und betragen auf freier Berechnung. Man ging dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß es zweckmäßig sei, wegen der Verzögerung der Ratifizierung des Friedensvertrags schon vorweg mit den Lieferungen zu beginnen, um eine Ueberbrückung in den späteren Lieferungen zu vermeiden und eine bessere Verteilung der Kohlen zu ermöglichen.

Berlin. Der Zentralvorstand der Frauenliga zur Heimholung der Kriegsgefangenen erläßt einen Aufruf an die deutschen Frauen zur Einstellung der Vergnügungsreisen, damit das zur Heimförderung unserer Kriegsgefangenen erforderliche wertvolle Eisenbahnmateriale für diesen Zweck uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden könne.

Berlin. In den nächsten Tagen wird damit begonnen, mehrere Gruppen Sachverständiger in die französischen Gewerbetriebe zu entsenden, um die für ihren Wiederaufbau notwendigen Maßnahmen zu studieren.

Berlin. Die preussische Staatsregierung ernannte den Amtsgerichtsrat Dr. Belzer aus Sigmaringen zum Präsidenten der Regierung in Sigmaringen.

Danzig. Eine Depeche aus Haag besagt, aus Paris werde gemeldet, es stehe nunmehr fest, daß die polnische Kriegsschiffe aus vier großen Kreuzern und 16 Torpedobooten bestehen werde. Sie werde insgesamt eine Besatzung von 3500 Mann und 150 Offizieren erhalten.

Paris. In dem Erbdeben des Moselgebietes ist ein Streit ausgebrochen. Insbesondere wird in St. Marie-Aur-Chaines, Roncourt, Pierre-Pierre gestreift. Es sind Einigungsverhandlungen im Gange.

Longvigne. Die Wäderepischen folgten dem Beispiele ihrer Bundesgenossen in Nizza und traten in den Streit. Matrosen und Soldaten, die von Beruf Wädere sind, wurden den Wädere meistern zur Verfügung gestellt.

Neuport. Die Zahl der Angestellten der Steel Corporation und der Industrie, die durch den Ausbruch mittelbar oder unmittelbar betroffen wurden, wird auf 600 000 geschätzt, abgesehen von den Arbeitern unabhängiger Betriebe, deren einige sich der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft angeschlossen haben.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Verband von Haffer. Nach Anordnung der Reichsgetreidestelle darf Haffer mit der Eisenbahn nur noch mit Genehmigung des zuständigen Kommunalverbandes befördert werden. Bis auf weiteres wird die Genehmigung zur Beförderung von Haffer nur dann erteilt, wenn es sich um Haffer handelt, der an die Reichsgetreidestelle abgeliefert oder, nachdem er mit Ausnahmeerlaubnis des Kommunalverbandes ausgedroschen worden ist, an denjenigen landwirtschaftlichen oder anderen volkswirtschaftlich wichtigen Betrieb, in dessen Interesse der Ausbruch ausnahmsweise erlaubt worden war, verladen werden soll. Außerdem darf Haffer, der nachweislich vor dem 5. September 1919 ausgedroschen worden ist, verladen werden, soweit dadurch nicht der Bahntransport von Brotgetreide oder Gerste beeinträchtigt wird.

nicht mehr so drängte, und da sie den vorigen Sonntag, an dem Förster Frelifowski zu Besuch gekommen und ein großartiges Traktament gewesen war, nicht zu ihrem kleinen Einkommen hatte, auch einmal am Abendtag nach Hause zu gehen. Die beiden Mädchen begrüßten sie.

Michalina hatte etwas Niedergeschlagenes in ihrem Blick als sie Stasia die Hand schüttelte.

Damals, als sie miteinander schreiben und lesen und die Religion gelernt hatten, war Michalina mit den schwarzen braunen Zöpfen die schönere gewesen; jetzt war sie plump und ihre Hüften erschienen doppelt breit neben der gierlichen Taille der andern.

„Fast du ein schönes Kleid an,“ sagte sie betrundernd und befühlte mit ihrer rauhen Arbeitshand den rotgeputzten lästigen Jackett.

Stasia lächelte geschmeichelt: „O, ich werde viel schöner haben! Wenn ich mich verheirate, werde ich dir dies gern schenken — oder ein andres!“

„Was sollte ich wohl damit?“ Die braune Michalina schüttelte den Kopf. „Behalte nur alles!“

Stasia suchte die Achseln: so ein dummes Mädel, eine recht einseitige Bauerntulle! Schon wollte sie weitergehen — was sollte sie mit der Gans? — aber dann klopf ihr plötzlich ein Gedanke durch den Sinn. Das war ein Einfall! Sovu vertraulich sagte sie die andere unter den Arm.

„Höre, Michalina, weißt du auch, daß Pan Bawel, der schöne Offizier, wieder zu Besuch ist in Pryborowo?“

„Ich weiß es nicht. Was geht es mich an?“

„Nun, ich meine doch: recht viel!“

Stasia nickte und gab der Gefährtin einen leichten, scherzenden Nippenstoß: „Du nicht so gleichgültig, weißt doch ein jeder, wie du einmal geizig hast mit dem Herrchen Sage, willst du mir einen Geizhals erwecken — oder noch besser, willst du dem Bawel etwas zuliebe tun? Na, ja, dem Walenty — fass mich nur nicht so unglücklich an!“

„Dem — Wa — Wa —?“ Michalina stotterte, und dann wurde sie rot, als sie den Namen vollends ausgesprochen hatte. „Ach — dem Walenty?“

„Dem Walenty, ja! Etwas sehr, sehr Nisches!“

(Fortsetzung folgt.)

Harte politische Kämpfe

und bittere wirtschaftliche Sorgen stehen uns bevor. Von links her drohen uns die Rutschisten. Schon ein Versuch, mit ihrer Rutschpolitik zum Ziele zu gelangen, müßte verderblich für das deutsche Volk sein. Von rechts her müssen wir mit gegenrevolutionären Vorstößen rechnen, falls die Rutschisten zur Aktion schreiten. Ein Erfolg sowohl der Rutschisten wie der Gegenrevolutionäre wäre für unser Land und Volk von den fürchterlichsten Folgen begleitet. Es gilt, alle gesunden Kräfte des Volkes zu sammeln, um die Gefahr von links und rechts erfolgreich abzuwehren. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei muß, wenn nicht alles in Trümmern gehen soll, in dieser kritischen Zeit Mann für Mann auf dem Posten sein.

Zur täglichen Information über alle Vorgänge auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiete, bedürfen die Arbeiter ihrer Presse, in Mittelbaden des

„Volksfreund“!

Die sozialdemokratische Zeitung ist eines der besten Kampfmittel gegen die Gefahren von links und rechts. Ihre starke Verbreitung erleichtert uns die Aufgaben.

Darum muß es Pflicht aller organisierten und klassenbewußten Arbeiter, aller Volksgenossen sein, die sich zur Sozialdemokratie bekennen,

unvergütlich und mit allem Eifer für die Arbeiterpresse, den

„Volksfreund“

zu agitieren. Wer zaudert oder lässig ist, veründigt sich an unserer Pflicht, schädigt die Bewegung, schädigt sich selbst.

Die Gegner von links und rechts arbeiten unermüdbar. Sie treiben der Fanatismus oder die Profit- und Machtgier. Sagen wir es nur offen heraus:

Lässig und bequem im Kampfe sind leider unsere sozialdemokratischen Arbeitermassen. Sie vertrauen auf unsere gute Sache, vergessen aber, daß in Zeiten wie den gegenwärtigen die Güte einer Sache nicht allein von entscheidender Bedeutung ist. Sonst würden unsere Gegner von links und rechts bedeutungslose Grüppchen bilden.

Wir mahnen, weil es dringend notwendig ist. Wir warnen, weil die Stunde und die Situation das gebietet.

Mit und durch die tägliche Aufklärungsarbeit der ehrlich der erwerbstätigen Bevölkerung dienenden Presse kann viel Gutes gewirkt, viel Schlimmes verhütet werden. Je weiter die Arbeiterpresse verbreitet ist, desto besser.

An die Arbeit, Genossen! In wenigen Tagen fleißiger Arbeit ist viel zu gewinnen. Es bedarf nur des festen Willens und des ersten Fleißes.

Agitiert für den

„Volksfreund“

Badische Politik.

Oberbadischer Protest. Diegen Freitag fand in Freiburg eine Konferenz der oberbadischen A. und B. Räte statt, die sich mit dem Erlaß der badischen Regierung befaßte, wonach den Arbeiter- und Volksräte vom 1. Oktober ab die Geldmittel geberbt werden sollen. Das Ergebnis der dreistündigen Verhandlungen wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt, in der das „gewalttätige Vorgehen der Regierung „berurteilt“ wird. „Soweit Sozialdemokraten an dieser Maßnahme in der Regierung beteiligt sind, ist ihre Tätigkeit ein Schlag gegen die Arbeiterpartei, in deren Interesse die Arbeiterräte wirken.“ Des weiteren wird der Zeitpunkt der deutschen Arbeiterräte erwidert, die Durchführung der Neuwahl der Arbeiterräte in Baden zu veranlassen und die Fortsetzung der Tätigkeit der Arbeiterräte in den Kommunen zu gewährleisten. Die bestehenden Arbeiter- und Volksräte in Baden werden aufgefordert, ihre Tätigkeit unbeeinträchtigt im Interesse der werktätigen Bevölkerung fortzusetzen.

Großen Erfolg werden wohl die Bemühungen der oberbadischen Räte nicht haben. Was zur Frage der Arbeiterräte zu sagen ist, haben wir in unserem vorgestrigen und heutigen diesbezüglichen Artikel gesagt.

Zur Heimkehr kriegsgefangener Ärzte. Mit Rücksicht darauf, daß jetzt auch zahlreiche kriegsgefangene Ärzte heimkehren, soll, wie in der „Karlsruher Zeitung“ amtlich geschrieben wird, darauf Bedacht genommen werden, daß nicht nur dort, wo es zugänglich ist, weitere Assistenzärzte oder Volontärstellen eingerichtet werden, sondern daß vor allem auch alle in den Krankenanstalten bereits vorhandenen derartigen Stellen tatsächlich nur mit approbierten Ärzten besetzt werden. Die Vertretung von Assistenzärzten durch Kandidaten und Kandidatinnen der Medizin soll abgestellt werden.

Den Krankenanstalten wurde nahegelegt, sich namentlich auch solcher aus dem Felde oder der Gefangenschaft zurückgekehrter Ärzte, anzunehmen, die infolge von eingreifenden Verstimmlungen zur Ausübung der freien Praxis nicht mehr imstande sind, und für diese zunächst dauernde Assistenzstellen einzurichten. Soweit es sich um staatliche Krankenanstalten handelt, sind die entsprechenden Maßnahmen bereits veranlaßt worden.

Zur Kohlennot. Wie in der „Karlsruher Zeitung“ amtlich mitgeteilt wird, ist die Regierung unablässig bemüht, alles zu tun, was der reichlichen Vorsehung Badens mit Kohlen und zur Erparung von Kohlen dienen kann. Ebenso ist die Regierung fortgesetzt bemüht, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die Vorarbeiten zum Bau des zweiten Murgbeckens wurden so gefördert, daß mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß noch in diesem Jahre die Arbeiten vergeben werden können und alsdann mit Hochdruck an die Bauausführung gegangen werden kann. In Baden sind schon jetzt 7000 Arbeiter mit Kohlenarbeiten beschäftigt. Ferner wird mitgeteilt, daß eine Verordnung in Aussicht steht, die bestimmt, daß die Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben, in Büros usw. auf die Tagesstunden zwischen 8 Uhr vormittags und 5 Uhr nachmittags zu legen ist. Diese Verordnung soll bewirken, daß Kohle gespart wird. Außerdem sind Maßnahmen geplant, die zum Ziele haben, die vorhandenen Wasserkraften bei den dazu geeigneten Werken und Produktionsverhältnissen, auch des Nachts auszunutzen.

Gewerkschaftliches.

I. Hinterm Mond zu Hause ist anscheinend der Kommandant des Durchgangslagers in Rauberbüschhofheim, Major Engelmann. Seine Unkenntnis der Gehehe ist vorbildlich! Den Angestelltenauschutz wollte er z. B. durch sofortige Entlassung mahnen. Richtig war der Gaubeamte des Zentralverbandes der Angestellten, unser Parteigenosse Schneider, in Rauberbüschhofheim, da die Angestellten des Durchgangslagers in eine Gehaltsbewegung getreten waren. Dem Genossen Schneider wollte der Kommandant den Zutritt zum Lager verwehren mit der Begründung, er würde das Lager „kommunistisch verleugnen“, auch hege er die Leute auf, indem er sie mit Bekanntgabe der bestehenden besseren Gehaltsläge der anderen Durchgangslager „begehrlich“ mache. Wir haben hier also die alten Unternehmerrudersarten, die aber heutzutage nur lächerlich wirken. In dem Verhale des Lagerkommandanten Engelmann liegt aber ein System. Auch im Durchgangslager in Raftatt sollte ein Parteigenosse, der in der Angestelltenbewegung einen führenden Posten bekleidet, wegen „staatsgefährlicher“, d. h. spartakistischer Umtriebe sofort entlassen werden! — Aber alljährlicherweife wird nichts so heiß gegessen wie es gefoßt wird. Und manchmal muß man eben mit solchen Herren Fraktur reden — selbst auf die Gefahr hin, für einen Spartakisten gehalten zu werden.

Soziale Rundschau.

r. Kappelrodt, 22. Sept. Der so lang gebaute Wunsch vieler soll nun in Erfüllung gehen. Demnächst soll zur Gründung eines Konsumvereins geschritten werden. Samstag, 27. Sept. abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „zum Neßloch“ (Saal) eine öffentliche Volksversammlung statt. Als Referent erscheint der Geschäftsführer Bichler vom Konsumverein Baden-Baden. Für Nebenmann dürfte es von größtem Interesse sein, in dieser Versammlung zu erscheinen, besonders die Hausfrauen sind eingeladen.

Aufgaben eines sozialhygienischen Landesamtes. In dem kürzlich erschienenen Heft 1 und 2 des 3. Jahrganges der „Sozialhygienischen Mitteilungen für Baden“ (herausgegeben von der Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene, Geschäftsstelle Karlsruhe, Gerrenstr. 34) legt Dr. Alfons Fischer die Aufgaben eines sozialhygienischen Landesamtes dar. Hierzu rechnet er in Anlehnung an die Gliederung in seinem „Grundriß der sozialen Hygiene“ das Studium der Bevölkerungszusammensetzung und -bewegung, Arbeitsverhältnisse, des Nahrungswesens, Wohnungswesens, der Kleidung, Kaufpreise (Wohlfahrt), Erholung, Fortpflanzung. Ferner kommt die Erörterung der Gesundheitszustände einzelner Altersklassen und besonderer Berufsgruppen sowie der Beziehungen bestimmter Krankheitsarten zu den sozialen Verhältnissen und der zahlreichen Maßnahmen zur Kräftigung der Gesundheit, zur Verhütung und Behandlung von Krankheiten und Invalidität, sowie der Fürsorge für Invaliden, Arme und Kriegsheilbedürftige in Betracht. In dem Landesamt, das auf Grund seiner Forschungen Vorschläge für Gesetzgebung und Verwaltungsmaßnahmen ausarbeiten soll, müssen die Räden aus dem ganzen Staat für alle Zweige der praktischen Gesundheitsfürsorge zusammenlaufen. Andererseits ist eine Dezentralisation bis ins letzte Dorf notwendig, zu welchem Zweck Bezirkswohlfahrtsämter, die unter der Leitung des Landesamtes stehen, zu gründen sind. Das Landesamt muß für eine planmäßige Gesundheitspolitik sorgen. Es soll mit der gehörenden Autorität sowie den erforderlichen Mitteln verfahren sein, und mit den sozialhygienisch tätigen Gesellschaften und Einzelpersonen zusammenarbeiten.

Gemeindepolitik.

I. Oberweiler, 21. Sept. Bei der am Sonntag, 14. September, stattgefundenen Bürgerausschusssitzung standen 2 Punkte auf der Tagesordnung. Punkt 1 betraf die Regelung der Gehälter der Gemeindebediensteten und Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns. Was die Regelung der Gehälter anbetrifft, so wurde die Anforderung mit wenigen Abänderungen angenommen; nur bei der Frage des ortsüblichen Tagelohns wollten sich verschiedene Herren nicht der neuen Zeit fügen. Der Tagelohn wurde von 6 auf 8 Mk. heraufgesetzt, was wohl nicht zu viel ist. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, die Arbeitszeit, dem Gesetz entsprechend, von 10 auf 8 Stunden herabzusetzen, was aber der Herr Bürgermeister und einige Zentrumsherren nicht recht begreifen wollten, mit allen Mitteln wehrten sie sich dagegen. Als Grund führten sie an, die Gemeinde müsse unter diesen Umständen „bankrott“ machen! Von unserer Seite wurde dem Herrn Bürgermeister auseinandergesetzt, daß der Achtstundentag Gesetz ist; aus seiner Erwidrung ging aber hervor, daß dem Herrn Bürgermeister das Gesetz schamlos ist. Es wäre also gut, wenn diesem Herrn von Amtswegen klar gemacht würde, wie Gesetz respektiert gehören. Ließbedauerlich ist auch, daß verschiedene Zentrumsbürgerausschusssmitglieder, die Fabrikarbeiter sind und sogar im Gemeindegeldtag schon gearbeitet haben, sich nicht schämten, gegen den Achtstundentag zu stimmen! Alle Achtung vor solchen Arbeitervertretern, für die der Ausdruck Arbeitervertreter besser angebracht wäre. Unser Antrag wurde aber sodann mit 17 gegen 13 Stimmen angenommen.

Punkt 2, Uebernahme des Schulgeldes auf die Gemeindefinanzen mußte der vorgeschrittenen Zeit wegen auf die nächste Sitzung verschoben werden. Auch dieser Punkt läßt erkennen, wie rückwärts es in unserer Gemeinde noch aussieht. Solche Verhältnisse machen unserem Herrn

Bürgermeister als Bezirksrat alle Ehre! Wir hoffen aber, daß in dieser Frage eine Einigung erzielt wird.

t. Lörrach, 21. Sept. Veranlaßt durch das wucherische Gebaren im Obsthandel, richtet das Bürgermeisterrat eine Ermahnung an die Landwirte, keine übertriebenen Preise zu verlangen, da sonst die Wiedereinführung der besetzten Höchstpreise für Obst die naturnotwendige Folge wäre. Dann wird darauf hingewiesen, daß der allgemeine Abbau der Zwangswirtschaft, den die Landwirtschaft am dringendsten fordert, durch die unfinnige Preissteigerung in Frage gestellt sei.

Die badischen Arbeiterräte.

II.

Wir haben nunmehr in Baden den Umstand zu verzeichnen, daß sich der Großteil der Arbeiter- und Volksräte Mittel- sowie Unterbadens entweder aufgelöst hat oder aber, der ganzen Bewegung gegenüber so gleichgültig geworden ist, daß er kaum mehr Sitzungen abhält und auch seine Delegierten nicht mehr zu den Landesversammlungen der A., B. u. V. Räte entsendet. Diese Stellungnahme liegt, wie bereits oben gesagt, darin begründet, daß das politische und gewerkschaftliche Leben dort stärker ausgeprägt ist und das Instrument der A. Räte entbehren kann. Anders im badischen Oberland. Ein Teil der Arbeiterräte dieses Gebietes glaubt durch die Arbeiterratsbewegung das vor dem Krieg versäumte nachholen zu müssen, indem er frampfhafte an politischen und kommunalen Betätigungen festhält. Das führte natürlich mit Notwendigkeit dazu, daß auch in den Arbeiterratsbüros Parteiarbeit geleistet wurde und noch wird. Mit den Geldern der Öffentlichkeit, mit welchen die A. und B. Räte unterhalten werden, läßt sich dies jedoch nicht mehr durchführen und ist die badische Regierung zu dem Entschluß gekommen, ab 1. Oktober 1919 die Bezahlung der Arbeiterräte einzustellen. Das Bestehen der Arbeiterräte selbst wird durch den Regierungsbeschluß allerdings nicht angetastet. Eine ehrenamtliche Tätigkeit wäre nach wie vor möglich. Es wirft sich nun die Frage auf, ob die Tätigkeit der badischen Arbeiterräte auch weiterhin eine erzieherisch sein kann. Und hier kommt man zu einer glatten Verneinung. Als Instrument der Revolution im Augenblicke der Umwälzung war das Gefüge der Arbeiterräte äußerst notwendig zur Ueberleitung in eine andere Staatsform, weil die Kräfte der politischen Parteien infolge der Kriegsverhältnisse damals nicht gesammelt sein konnten. Jetzt ist dies anders geworden. Die frühere Tätigkeit der Arbeiterräte ist von anderen Körperchaften übernommen worden. Rucher und Schleichhandel wird von besonders dazu geschaffenen Einrichtungen, in welchem frühere Mitglieder der Arbeiterräte überwiegend vertreten sind, bekämpft. Die Arbeiterräte und Volksräte Badens laufen Gefahr, zu einer Kräftezersplitterung innerhalb der arbeitenden Volksschichten zu führen. Daran haben die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei kein Interesse. Es ist vielmehr notwendig, alle Kräfte in solcher Weise zusammenzufassen, daß man nicht nebeneinander, oder aneinander vorbeiarbeitet. Dies gilt sowohl für das badische Unterland, wie für das Oberland. Persönliche Interessen Einzelner können dabei keine Rolle spielen.

Der Zentralarbeiterrat in Berlin hat zurzeit Neuwahlen für die Arbeiterräte ausgeschrieben. Dieselben sollen bis zum 30. November in ganz Deutschland beendet sein. Nun hat aber die sechste Landesversammlung der A., B. u. V. Räte Badens am 18. August in Karlsruhe beschlossen, daß die Arbeiterräte Badens sich dann auflösen haben, wenn die Betriebsräte eingeführt und der Antrag auf Errichtung von Volkssekretariaten durch die bad. Nationalversammlung realisiert worden ist. Es erübrigt sich also Neuwahlen für die Arbeiterräte in Baden. Der Beschluß des Zentralrates in Berlin wurde von den unabhängigen Vertretern dieser Körperchaft nicht gebilligt. Die U.S.B. Leute traten viel mehr aus dem Zentralrat aus und saßen den Beschluß, daß sich die Unabhängigen an den Neuwahlen der deutscher Arbeiterräte nicht beteiligen sollen. Man konnte nunmehr der Ansicht sein, daß die U.S.B. in Baden diejenigen sein werden, welche entsprechend der Berliner Parole ihrer Parteirichtung, an der Neuwahl der bad. Arbeiterräte nicht das geringste Interesse hätten. Diese Annahme ist falsch. Denn gerade Vertreter der U.S.B. Richtung innerhalb der Arbeiterräte Badens sind es, welche auf beschleunigte Neuwahlen dringen, trotzdem sie ganz genau wissen, daß dann das Aussehen gerade der oberbadischen A. Räte ein ganz anderes sein wird als bisher. Die vielen in diesem Falle mitwählenden Zentrumsarbeiter, demokratischen Angestellten und kleiner Beamten, würden den Arbeiterräten jener Gegend ein durchaus anderes Gepräge geben, als dies jetzt der Fall ist ja zum Teil die zurzeit in den Räten befindlichen Leute vollkommen verdrängen. Was uns in Baden aber von neuzuwählenden kommunalen Arbeiterräten, für die kurze Zeit, welche sie noch bestehen könnten, für Heil kommen soll, da doch die politische Tätigkeit der A. Räte erledigt oder zur Bedeutungslosigkeit heruntergesunken ist, ist unerkundlich. Anzunehmen bleibt, daß U.S.B. mit Abkehr darauf hindrängt, daß die A. Räte in Oberbaden ein Zentrumsgespräge erhalten, und dann aus der diesem Umstand entspringenden Mißstimmung heraus, von unten herau wählen und die Notwendigkeit des Rätesystems beweis zu können. Der U.S.B. und ihrem politischen Einseitiger, der kommunistischen Partei, aber Sozialdemokraten zu leisten, dazu sollten die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Badens sich nicht gebrauchen lassen.

Aus dem Mitteilungsblatt Nr. 16 für die Arbeiterbauern- und Volksräte Badens ist zu ersehen, daß sich an der letzten Landesversammlung die Vertreter von 63 Orten einfanden. Nicht vertreten waren 88 Orte. In der letzten Zeit vor der Landesversammlung lösten sich die A. Räte von etwa 70 Orten auf. Was also übrig blieb, ist etwa ein starkes Viertel. Die anderen A. Räte verhalten sich teilnahmslos oder sind der Ueberzeugung, daß ihre Kräfte in den Parteivereinen besser angewandt seien.

Die Arbeiterräte Badens sind zum Abtreten überreift und sollte man deshalb darauf verzichten, sie für kurze Zeit zu neuem „Leben“ erwecken zu wollen.

das der Reichsbund am nächsten Samstag Abend in der Festhalle zugunsten der heimkehrenden Kriegsgefangenen veranstaltet, verpricht dem Besucher reichen künstlerischen und unterhaltenden Genuß. Den musikalischen Teil bestreitet der bestbekannte Musikverein „Harmonie“; in die gesanglichen Darbietungen werden sich der Gesangsverein Liederfranz, des Doppelquartetts des M.-F.-V. 1846 und als Solist Herr Konzertfänger R. Müller, Karlsruher, teilen. Herr Kömhlid, Romeo, wird einige seiner humorvollen Dichtungen zum Vortrag bringen, während Herr Peter ernstes und heiteres aus der Gesangscharakter erzählt wird. Eine willkommene Abwechslung und auch Bereicherung des Programms werden die turnerischen Vorführungen der „Freien Turnerschaft“-Karlsruhe sein, die sich gern und freudig in den Dienst der guten Sache gestellt haben. So wird das Programm vieles und darum jedem Besucher etwas bringen, es ist durchaus vollständig gehalten, verpricht deshalb Jedermann einen schönen Genuß, das ihn gerne zu dem kleinen Opfer eines Eintritts von 3, 2 oder 1 Mk. bereit sein läßt, zumal der Ertrag den heimkehrenden Kameraden zugute kommt. Dem Reichsbund ist deshalb ein volles Haus bringen zu wünschen.

Sozialdemokratischer Verein. Die Bezirkskassierer werden ersucht, bestimmt bis Ende dieser Woche abzurechnen. Die Kassierer wollen bei der Ablieferung die in ihrem Besitze befindlichen Markenbroschüren an den Bezirkskassierer mit abgeben, da ab 1. Oktober nur noch die neuen Beitragsmarken zur Ausgabe gelangen. Die von den Kassierern eingehenden Marken sind von den Bezirkskassierern mit der Abrechnung an den Kassier Herrn Lang, Kaiserstr. 46 V abzuliefern.

Frauenversammlung. Morgen findet in der „Goldenen Krone“ (Ede Analien- und Douglasstraße) eine Verammlung der Frauenaktion des Sozialdemokratischen Vereins statt, zu der jede Genossin erscheinen sollte. Es wird Bericht vom badischen Parteitag und der Frauenkonferenz erstattet. Auch stehen Organisations- und Agitationsfragen auf der Tagesordnung. (Siehe Anzeige.)

Neue Gastperr-Freuden. Wegen des niedrigen Abenteuertums und des Wagenmangels sind seit mehreren Tagen die Kohlenlieferungen für das Gaswerk ausgeblieben. Erhebliche Lieferungen sind bereits nicht zu erwarten; deshalb wird von heute an Gas nur in folgenden Stunden abgegeben: morgens von 6-7 Uhr, mittags von 11-12 Uhr, abends von 7-8 Uhr, von 10-11 Uhr an allmähliche Drosselverminderung bis 10 Uhr, von 10 Uhr ab vollständige Sperre.

Anfall. Gestern mittag wurde in der Eßlingerstraße ein Arbeiter, der auf einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen aufspringen wollte, zu Boden geschleudert. Mit einigen Verletzungen im Rücken kam er noch außer dem Schrecken davon. Immer wieder das alte Lied.

Stadtparkentwässerung. Heute findet bei gutem Wetter ein Konzert des leichten Reichswehr-Attillier-Regts. Nr. 14 statt. (S. d. Anzeige.)

Die Regiechlädterei.

Die Frage der Regiechlädterei tritt immer mehr in den Vordergrund des Interesses, nachdem dieselbe in den meisten mittel- und norddeutschen Städten mit dem besten Erfolge eingeführt wurde. Es soll daher im folgenden untersucht werden, inwiefern die Einführung der Regiechlädterei auch für uns in Karlsruhe Interesse hätte.

So, wie die Dinge liegen, muß noch auf längere Zeit hinaus mit der Zwangsbeschaffung des Fleisches gerechnet werden und wenn man schon die Zwangsbeschaffung hat, so führe man sie so durch, daß sie vollwirtschaftlich am vorteilhaftesten ist und Mängel ausmerzt, die Tag für Tag mehr in Erscheinung treten. Es ist zunächst längst kein Geheimnis mehr, daß, während die große Masse der Verbraucher sich mit einem geringen Fleisch- und Wurstquantum begnügt, muß zahlreichere Schichten von den Regieren Fleisch bekommen, so viel sie wollen, das Hund zu 6 bis 8 Mk. Es liegt immer eine Kleinigkeit unter dem Wert, für den, der gut bezahlt. Dadurch nämlich, daß die Metzger ihr Vieh selber schlachten und ihre Wurst selber machen dürfen, können sie immer über einen Teil des ihnen zugewiesenen Fleisches frei verfügen. Für offiziellen Verteilung werden ihnen nur die vier Viertel des geschlachteten Tieres angerechnet. Die Innereien, zu denen neben Leber, Lunge, Galle, Nieren, Nierenrinne, Gebärmere, auch Kopf und Schwanz gerechnet werden, kommen nur in einigen Prozents zur Anrechnung und da zeigt sich nun der Metzger vom Fach, der durch „Schneidgeschichten“ und durch das Fiech-, Strech- und Schiebewerkeln, das zuweilen, was längst Jedermann weiß, auch wenn er noch keinen Blick in die Buchführung der Metzger hat tun können.

Wir haben vor kurzem in einem Artikel, zu dem uns ein Fachmann die Unterlagen gegeben hat, gezeigt, was unter den heutigen Verhältnissen, auch wenn nur an einem Wochentag Fleisch ausgehauen wird, beim Metzgergeschäft verdient wird. Es wurde da gezeigt, daß der Metzger, der in der Woche nur einen Ochsen aushaut, mit einem Wochenverdienst von 1700 Mk. rechnen kann und hier gibt es Betriebe, wie z. B. die Firma Geisel, die wöchentlich 10-12 solcher Tiere ausgewaschen erhält. Wir hören seitdem verschiedentlich, die Innung würde uns erwidern, und den Nachweis erbringen, daß unser Gewährsmann gefunkelet hat. Es sind aber seitdem 14 Tage verfloßen und wir warten immer noch auf jene angelegentlich geharnischte Entgegnung.

Wir sind also in der Zwischenzeit, bis jene Erwiderung funktionsfähig ausgearbeitet ist, so frei, den Stellen, die für die Fleischversorgung unserer Stadt verantwortlich sind, zu empfehlen, dem Gedanken der Einführung der Regiechlädterei, d. h. der Zusammenlegung der Metzgereibetriebe bzw. Übernahme derselben in städtische Regie, näher zu treten. Und zwar noch aus einem andern Grunde. In Karlsruhe stellen zur Zeit 140 Fleischereibetriebe Wurst her. 140 Betriebe benötigen Holz, Kohlen, elektrische Kraft usw., in einer Zeit, wo die Ersparnis von Holz und Kohlen eine nationale Forderung ist, von der es abhängt, ob der wüßige wirtschaftliche Zusammenbruch unseres Volkes noch aufgehalten werden kann oder nicht.

Von ganz besonderer Wichtigkeit wäre aber für das laufende Publikum der Umstand, daß es einheitliche Wurstwaren von einwandfreier Beschaffenheit bekommen würde und keine mit allerhand Kunststücken hergestellte Geheim- und Profitwurst, von der außer dem Metzger kein Mensch weiß, was drinnen ist. Nur so hätte man auch die Gewißheit, daß alles im Schlachthofe vorhandene Fleisch der Allgemeinheit zur Verfügung steht und nicht in die zahllosen Kanäle nebenher, hinterher, obenrum und untenrum wandert. Im Schlachthofe wäre die alte Schweinefleischhalle wie geschaffen zur Verwendung als Wurstküche. Auch die große Schlachthofanlage, die doch zur Hälfte leer steht, könnte ohne Weiteres ausgebaut und große Quantitäten Schlachten, die die hiesigen Wurstbetriebe für ihre Anlagen benötigen, geparkt werden.

Um den kleineren Metzgereien entgegenzukommen, könnte man den Modus einführen, wie ihn beispielsweise Gaffel hat. Es dürfen in einer Verkaufsstelle nicht mehr als 2000 Köpfe eingetragen sein und alle Nachmeldungen sind den kleineren Verkaufsstellen zu überweisen. Jedenfalls würden bei der Ein-

führung der Regiechlädterei und Wurstmaderie die Preisgewinne, die heute im Metzgergewerbe erzielt werden, für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Also, auf ans Werk!

Letzte Nachrichten.

Schwierige politische Lage in Italien.

Wien, 24. Sept. Die gesamte italienische Presse steht unter dem Eindruck der Einberufung des Kronrates und der Vertagung der Kammer auf den 27. Sept. Ein Beweis für die Schwierigkeiten der Lage wird darin erblickt, daß selbst bei der Kriegserklärung an Oesterreich die damalige Regierung von einer außerordentlichen nationalen Konstitutionsmaßnahme abgesehen hat. Die Gegner kritisieren, daß die Einberufung des Kronrates einen Versuch des Ministeriums bedeute, sich der Verantwortung für die unmögliche inner- und außenpolitische Lage zu entziehen. Zum Kronrat sind eingeladen Lugatti, Vofelli, Gialliti, Sonnino und Orlando, die Heeresleitung und sämtliche Aktionsführer, darunter Turati, dessen Teilnahme aber von der Zustimmung der Leitung der offiziellen Sozialisten abhängt. Titoni wird eine Darstellung der Lage geben und die Unterstützung für die jetzt einzuschlagende Politik fordern. „Corriere della Sera“ glaubt, daß Titoni auf eine rasche Zustimmung zu den mit England und Frankreich getroffenen Abmachungen gehofft habe. Statt dessen hülle sich Wilson in Schweigen und überlasse es Italien, eine Lösung für das schwierige Problem zu finden. „Secolo“ dagegen behauptet, daß die Antwort Wilsons bereits eingetroffen sei. Daß sie für Italien nicht günstig lautet, geht daraus hervor, daß das Blatt von der Wahrscheinlichkeit spricht, der Kronrat werde über die Lage diskutieren, in welche Italien gerät, wenn es sich ungeachtet des Wilsonschen Votums für eine Annexion Fiumes erklärt. „Avanti“ sieht in der Einberufung des Kronrates einen letzten Versuch der Regierung, einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Militärkräfte und dem Akutebedürfnis des die Revolution fürstehenden Bürgertums zu finden.

Rückkehr deutscher Gefangener aus Amerika.

Wien, 24. Sept. Die amerikanische Regierung hat die sofortige Heimschaffung aller in den Vereinigten Staaten befindlichen deutschen Kriegsgefangenen befohlen. Die Beförderung findet am 25. September auf dem amerikanischen Truppentransportdampfer „Kohatontas“ statt, der von New York nach Rotterdam fährt.

Was lehrt die unabhängige Wahlüberlage in Braunschweig?

Neben der Sieg der Bürgerlichen und die Wahlniederlage der Unabhängigen in Braunschweig schreibt der „Vorwärts“:

„Vor solchen Erscheinungen den Kopf in den Sand zu stecken, wäre verhängnisvoll. Braunschweig ist eine alte Hochburg der Sozialdemokratie. Sein Vorbild hat uns oft in der Neberzeugung gefestigt, daß die Arbeiterklasse mit der Waffe des allgemeinen Wahlrechts in der Hand unüberwindlich ist, und jetzt müssen die Wahlen dort, Wahlen, die nach demokratischem Stimmrecht vorgenommen werden, gegen uns ausfallen. Soll das der Fortschritt sein, den uns die Revolution brachte, daß wir auf dem Boden der Demokratie zu liegen verlieren und den Triumph den bürgerlichen Gegnern überlassen müssen? Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Zerstückelung der Arbeiterbewegung und das Treiben der Neberredaktion in Braunschweig an dem vorliegenden Mißerfolg die Schuld tragen. Sie haben gekauft, ihre eigene Sache fördern zu können, indem sie die Sozialdemokraten gewalttätig an die Wand drückten. Sie sehen sich heute gelächelt. Sie haben die Massen, von denen sie so gerne reden, nicht hinter sich. Teils haben sie in politische Passivität gedrückt, teils sie direkt den reaktionären Parteien zugezogen. Was soll angesichts solcher Zustände das Gedächtnis von der „formalen Demokratie“ usw.? Keine Regierung, keine Partei, die regieren will, darf die Stimmung des Volkes übersehen, sonst geht sie sicher dem Verhängnis entgegen. Das Volk will aber nicht mit Gewalt regiert werden. Es hat ein starkes Mißtrauen gegen jeden, der sich nicht die Kraft zutraut, es mit Mitteln der Neberzeugung zu gewinnen zu können. Schwer, unendlich schwer sind die Fehler, die in Braunschweig begangen worden sind — leider nicht nur in Braunschweig —, und so ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß andernwärts ähnliche Erscheinungen eintreten könnten. Es ist fürwahr eine seltsame Tragikomic, die wir haben für das gleiche Wahlrecht gekämpft, haben es erobert, und nun, da wir es besitzen, sollen wir verlieren haben, es zu brauchen? Auf diese Weise könnten allerdings die Errungenschaften der Revolution wertlos werden, aber nicht weil sie von Haus aus wertlos waren, sondern weil sie in überrevolutionärer Absicht festgesetzt werden. Wollen kann nur die Einigung und der Einigkeit auf alle alte demokratische Gewaltmethode. Die Unabhängigen müssen begreifen lernen, daß ihre Methode die Arbeiterklasse direkt in die politische Passivität hineintreibt. Von dem Grad ihrer Verantwortlichkeit wird es abhängen, ob Braunschweig eine vereinzelte Scharte bleibt, die wieder ausgewechselt werden kann, oder ob das Erz des allgemeinen Wahlrechts in der Hand der Arbeiterklasse kumpf und unbrauchbar werden sollte. Möge die Lehre, die Schande von Braunschweig, genügen, um die Arbeiterklasse in all ihren Teilen zur Besserung zu bringen.“

Berliner Metallarbeiterstreik nicht ausgebrochen.

Berlin, 24. Sept. Der in Berlin geplante Generalstreik der Metallarbeiter ist bis heute nicht zustande gekommen. In keinem der großen Betriebe war gestern eine Abstimmung über den eventuellen Streik vorgenommen worden. Wie es heißt, soll diese erst in den nächsten Tagen stattfinden.

Minister Schilde über das Betriebsrätegesetz.

Wien, 24. Sept. In der Sitzung des Ausschusses der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz führte Reichsarbeitsminister Schilde aus, daß der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den man von dem Gesetze befreite, schon vor dem Gesetze bestanden habe, dessen Bestimmungen zumeist nicht neu, sondern in den Gegebenheiten über Arbeiterausschüsse, Koalitionen usw. enthalten seien. Es wäre besser gewesen, das ganze zu erwartende sozialpolitische Programm vorzulegen. Das vorliegende Gesetz sei eigentlich nur ein Mahnwort gewesen. Sollten den Betriebsräten durch Tarifverträge erweiterte Befugnisse zugewiesen werden, so habe die Regierung dagegen nichts einzuwenden.

Präsident Fehrenbach über die Regierung.

Berlin, 24. Sept. Reichstagspräsident Fehrenbach in Freiburg ließ sich auch über die Männer aus, die jetzt an leitender Stelle stehen. Es müsse ihnen das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt und bestrebt seien, uns über die Zeit des Elends hinwegzuführen. Wenn wir über den nächsten Winter gut hinwegkämen, glaubt er, daß unser Vaterland gerettet sei. Das ganze Volk müsse sich klar sein, daß jetzt der letzte Nerv angepannt werden müsse.

Landarbeiterstreiks.

Berlin, 24. Sept. Im Kreise Edernförde ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen, der über 500 Güter erfaßt hat. Die Streikenden weigern sich, Notstandsarbeiten zu verrichten, und nur dadurch, daß die Bauern der umliegenden Dörfer die Fütterung und das Melken der Tiere besorgen, ist die Belieferung von Vieh und Milch möglich. — In der Thorer Weichelmiederung ist, wie der „Berl. Volksanzeiger“ meldet, ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. — Der Thorer Buchdruckerstreik ist durch Vergleich beendet worden.

Konflikte in Polen.

Wien, 24. Sept. (Oberböhmen). 24. Sept. Der „Katholik“ meldet, daß in der letzten Woche in Lodz eine Arbeitslosendemonstration stattgefunden habe. Die Stimmung der Arbeitslosen war sehr erregt. Die Straßenbahnen wurden angehalten, die Geschäfte zum Schließen gezwungen und die Polizei mit Steinen bedroht. Die Polizei schloß in die Luft. Als ihr die Munition ausging, wurden die Sicherheitsmannschaften angegriffen. Ein Polizeikommandant und mehrere Beamte wurden schwer und eine Anzahl Beamter leicht verletzt. Darauf griff berittene Polizei ein. Es entspann sich ein Kampf, in dessen Verlauf mehrere Polizisten und Zivilisten zum Teil schwer verletzt wurden. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet.

Konferenz der Finanzminister.

Berlin, 24. Sept. Privattelegramm. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ sind unter dem Vorsitz des preussischen Finanzministers Südekum in Bamberg die Finanzminister Preußens, Bayerns, Sachsens, Württembergs, Hessens und Badens zu einer streng vertraulichen Sitzung zusammengetreten. Die Beratungen würden zwei Tage in Anspruch nehmen und dienen der Aussprache über die Finanzlage der einzelnen Bundesstaaten.

Kommunistische Wählervereine unter den Seelenten.

Wien, 24. Sept. Die aus Bremer-Hafen mitgeteilt wird, erstreckt sich der Streik der Bremer Hafenarbeiter im Unterwerfen bislang auf die Fischdampferbesatzungen. Der Transportarbeiterverband teilt mit, daß die Hafenarbeiter in ihrer Verammlung beschlossen haben, sich nicht am Streik zu beteiligen und daß diesen Beschluß gemäß weitergearbeitet wird. — Die dem Seemannsbund angehörenden Hamburger Seelente erklärten sich mit den Bremer Kollegen solidarisch und stellten die Arbeit ein.

Berlin, 24. Sept. Privattelegramm. Bremer und Hamburger Meldungen zufolge zieht der Bremer Seemannsbund immer weitere Kreise. Außer den Hamburger Seelenten haben heute auch die Seelente anderer Nordseehäfen mit dem Sympathiestreik begonnen. In Hamburg sollen sich auch die Mannschaften der Fischdampfer mit den Ausständigen solidarisch erklären haben.

Stettin, 24. Sept. Die hiesigen Seelente sind aus Sympathie für die Hamburger und Bremer Seelente in den Streik getreten.

Frankreich und Birkenfeld.

Berlin, 24. Sept. Nach Rücksprache mit den Alliierten hat General Mangin mitgeteilt, daß die Republik Birkenfeld anerkannt werde. Sie unterstellt sich dem Oberpräsidenten der Rheinlande als Vermittler für die besetzten Gebiete bis zur Lösung der Anschlussfrage. Eine sachsenburgische Regierung gebe es in Birkenfeld nicht mehr.

Tagung der Ausschüsse der Nationalversammlung.

Wien, 24. Sept. Die Ausschüsse der Nationalversammlung nahmen gestern nach kurzer Ferienpause im Reichstagsgebäude ihre Tätigkeit wieder auf. Seit den frühen Morgenstunden tagen neben den Steuer- und Ausschüssen der Haushaltungsausschuss, dem die Staatsberatung obliegt, sowie der Ausschuss für Sozialpolitik, dem die Vorberatung des Betriebsrätegesetzes zugewiesen ist.

Metallarbeiterstreik in England.

Amsterdam, 24. Sept. Der „Telegraaf“ meldet auf London, daß zugleich mit den amerikanischen Metallarbeitern auch die englischen Eisenarbeiter in den Ausstand getreten sind. Es haben bereits 15 000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt und es wird befürchtet, daß der Streik auch auf die Maschinen- und Schiffbauindustrie in den Hauptmittelpunkten übergreifen wird.

Vom amerikanischen Stahlarbeiterstreik.

Wien, 24. Sept. Neuter. Gestern mittag gab der Sekretär des Nationalkomitees für die Organisierung des Streiks der Eisen- und Stahlarbeiter, Foster, eine Zusammenstellung heraus, wonach 284 000 Arbeiter streiketen, davon 60 000 in Chicago und 30 000 in Cleveland. Ein weiterer Zusammenstoß zwischen Polizisten und Streikenden ereignete sich in Clairmontborough (Pittsburg). Es fanden eine Anzahl Verhaftungen statt. Verluste sind nicht zu verzeichnen.

Abstimmung über den Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

Wien, 24. Sept. Der Washingtoner Bericht erlatter des „Echo de Paris“ meldet, daß in der kommenden Woche im amerikanischen Senat eine erste Abstimmung über den Friedensvertrag erfolgen werde und zwar über den Zusatzantrag, der verlangt, daß die Vereinigten Staaten im Weltkrieg die gleiche Stimmengewalt erhalten sollen, wie das britische Weltreich. Dieser Antrag findet beim amerikanischen Volk stärksten Widerhall. „Echo de Paris“ teilt auch mit, daß General Pershing im Begriffe stehe, zu erklären, daß er gegen den Völkerbund sei und daß, wenn er diese Erklärung abgebe, er ein erster Kandidat für die Präsidentschaft werden könne.

Verantwortlich: Für den Artikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Seite 4.
gemäht wie
darum wurde
Arbeiter ihre
s von diesen
September.
rier Marie-
gefangenen
Agern in
ifikation des
lament der-
riege in der
schaften für
me mit den
erwartet,
nichtigen.
eingeführten
Angehörigen
erleben an
mitteln zu
September.
samts, 22
geschäfte des
unenen Ver-
ritätsamts,
bert M. l.
momm.
des städti-
er die Ver-
teilung oder
Sigung, zu
der Weisger
erner sollen
ie Wohnun-
g Verfügun-
die blichen
Kohnwohnun-
en Arbeits-
gehtsich der
der badi-
emeinmütig
rei Fünftel
est von den
e. Verband
iterer Dorf-
im nächsten
en.
von Eiern
Kommun-
dem Maße
erlaubt, mit
en zur Er-
erlaubt bei
einer besse-
erzeugnisse
vor einiger
das Recht
Wege des
en und den
o von der
abgegangen
Weise eine
iebige Verz
im ist vom
80 800
u des Sei-
en Ausbau
hältnisse auf
auf früher
st werden
haffer- und
stenerverlust
der Stadt
s hiernach
Nachbarort
affung von
Das städti-
Neugestalt-
sind u. a.
e nächste
20 000
Verfügung
am Freitag
bewilligung
in Schaffung
erlaubt
„Raffen
g.“, Sei
erfesse in
weiskarte
Die goll-
ahme des
in bisher
t werden
den fort-
woeifst
cht wer-
Direktion
gen des
eraldirek-
Stellen
ber die
sten, die
ten und
Konzer-

Aufruf!

für die Gefangenen gesammelt waren, sind durch die Gefangenenerückführung in den letzten Monaten, die unter den ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen der Gefangenenerückführung zusammengebracht. Für Baden soll ein badischer Volksbund für die heimkehrenden Gefangenen die nötigen Mittel aufbringen. Der badische Volksbund vom Jahre 1919 darf nicht hinter der großartigen Hilfe zurückbleiben, welche im September 1917 durch die Beteiligung des ganzen badischen Volks für die Gefangenen möglich geworden ist. Die Mittel des ganzen Landes werden in einem Zentralfonds vereinigt, welcher dort wo es nötig ist zur Verfügung stehen soll.

Der Dank der Heimat soll den gefangenen Brüdern schon beim Betreten des heimatischen Bodens fühlbar sein. Wie könnte er sich wirksamer äußern, als in einem festlichen, freudigen Empfang und in der Hilfe beim Uebergang in die Friedensarbeit. Hierzu sind die reichsten Mittel erforderlich.

Darum gebt! Gebt reichlich und freudig!

Der Staatspräsident:
Geiß.

Der Territorialdelegierte der freiw. Krankenpflege für Baden:
Pfeifer.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz:

Der Ehrenvorsitzende: Mag. Prinz von Baden.

Dr. Stroehle

Vorsitzender der Depotabteilung.

Der Präsident des Ob. Oberkreises:

Dr. Uibel.

Der Vorstand des Badischen Landesvereins

für Innere Mission:

D. Schmittener, Prälat.

Freiburg:

Dr. von Graebenig, Hauptmann a. D.

Die Badischen Kriegsgefangenen-Heimkehrstellen (Krisaheime).

Baden können auf Postkontokonto 5853 Badischer Landesverein vom Roten Kreuz, Karlsruhe, einbezahlt werden. Desgleichen nehmen sämtliche Banken, Stadtkassen und Sparkassen Baden an. In beiden Fällen bitten wir zu bemerken „Für Volksbund“.

Achtung Angestellte!

Donnerstag, den 25. September 1919, abends 7/8 Uhr, im Saal der Restauration zum „Elefanten“, Kaiserstraße 42

Oeffentliche Versammlung.

Vortrag:

Freigewerkschaftlich oder wirtschaftsfriedlich?

Referent:

Kollege Stefan Weier aus Freiburg i. Br.

Freie Aussprache! Freie Aussprache!

Kolleginnen und Kollegen sorgt für Massenbesuch! 6591

Zentralverband der Angestellten (Handlungsgehilfen).

Bezirk Karlsruhe, Erbprinzenstraße 17.

Arbeiter-Turnerbund.

10. Kreis - 3. Bezirk.

Am Sonntag, den 28. September 1919, vor mittags 9 Uhr, findet in Karlsruhe in der „Gau-brunnshalle“ (Ludwigsplatz) eine

Spielleiter-Konferenz

statt. Sämtliche Spielleiter und Spielführer müssen antwefend sein. Kein Verein darf fehlen. 6589

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter.

Mittwoch, den 24. Sept. 1919, nachm. 4-7/8 Uhr

Konzert

des 6569

leichten Reichwehr-Artillerie-Regiments Nr. 14

Leitung: Obermusikmeister Schotte.

Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5.-4. Luftfahrsteuere.

Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 24. September 1919. 6580

Die fünf Frankfurter

Lustspiel in 3 Akten von Karl Rössler.

Anfang 7 Uhr. Mk. 4.50. Ende 9 Uhr

Uhren

Reparaturen werden

prompt und billig ausgeführt

Karl Zepfel, Uhrmacher

Edle Werder- u. Morgenstraße.

Ankauf von Gold, Silber und Uhren.

Keine Wanze mehr für

nur mit Kammerjäger Berg's Nicodaal I u. II zu erzielen.

Restlose Wanzen- u. Brutvernichtung.

Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden.

Gesetzlich geschützt. - Viele Dankschreiben.

Doppelpack. M. 2.50. Ausreichend f. 1-3 Zimmer u. Betten.

Verkauf: Fidelity-Drogerie, Karlstr. 74.

Drog. Rud. W. Lang, Kaiserstr. 24.

Bei Eins. v. M. 2.70, oder Postscheckkonto Berlin 31286,

portofreie Zusendung nach auswärts durch

Herrn A. Groessel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.

Am Montag abend verschied ganz unerwartet am Herzschlage

Herr

Emil Gau

Direktor der Rheinischen Creditbank
Filiale Karlsruhe.

Der Entschlafene stand seit dem Jahre 1885 im Dienste der Rheinischen Creditbank und wurde im Jahre 1914 als Direktor in deren Leitung berufen. In diesen langen Jahren hat er seine ganze schöpferische Kraft in vorbildlicher Weise in den Dienst unseres Instituts gestellt. Durch seine kaufmännische Tüchtigkeit, seinen aufrichtigen und lauterer Charakter und seine persönliche Liebenswürdigkeit hat er sich in unseren Herzen ein ehrendes Andenken erworben.

Karlsruhe, 23. September 1919. 6581

Direktion und Beamte

der

Rheinischen Creditbank

Filiale Karlsruhe.

Hausierer (innen)

erhalten löhrende Gebrauchsartikel und Neuheiten die gerne gekauft werden. 6585

Wiegand,

Karlsruhe, Amalienstraße 39, 2. Stod.

Unser Geschäft bleibt

Donnerstag den 25. und
Freitag den 26. September

geschlossen

6565

Hermann Schmoller & Co.

Rüfer

suchen zum sofortigen

Eintritt

H. Baer & Söhne

Dampf-

Brantweinbrennerei,

Karl-Bismarckstr. 26.

Sie rauchen zu viel!

„Raudertrost“.

Tabletten (gel. gelb.) ermög-

lichen, das Rauchen ganz oder

teilw. einzustellen. Unschäd-

lich! 1 Schachtel M. 2,-

6 Schachteln M. 10 frei Nachn.

Versand Kassa. Hamburg 78/181.

Zugelaufen

schwarz- und weißgefleckter

Junges Hund. Abzuholen

Gebhardtstr. 66, 3. Stod.

Zurückgekehrt

Dr. Hems.

Tierchutz-Verein.

Anonyme Zulassungen und

Anzeigen können nicht be-

rückichtigt werden und Wan-

den ungeliefert in den

Papierkorb 6574

Sundvereineigung.

Am Samstag, den 27.

ds. Mts., vor mittags

11 Uhr wird im badischen

Sundbezugsnetz, Schlach-

hausstraße 17, ein herren-

loser Sund (Silberbasta, m-

männl.) öffentlich gegen

Vorzahlung versteigert.

Karlsruhe, 23. Sept. 1919.

Städt. Schlacht- und

Wichhofamt. 6578

W. MUND, ARCH.

KARLSRUHE - MAXAUSTRASSE 28

Stadtsund-Ausgabe

der Stadt Karlsruhe

Chefverlegungen. So-

hann Nütz von Gundseld,

Bankvollmächtigter hier,

mit Anna Dohat von hier,

Alfred Wiedel von hier,

Chemiker hier, mit Marg.

Kroll von Magdeburg-Su-

denbourg. Sch. Stredfus

von hier, Walter hier, mit

Wilhelmine Walter von hier.

Gust. Rechner von Wab-

gen, Kaufmann hier, mit

Elia Wäher von hier. Karl

Wöhler von hier. Hissar-

beiter hier, mit Amalie

Strohmayer von hier.

Mois Herrmann von Stet-

feld, Väter hier, mit Christina

Witke von Grödingen. G.

Rogel von Brilon, Leutnant

J. S. in Dortmund, mit Irene

Frein Schilling v. Gansst

von hier. Josef Dier von

Steinbach Schuhmacher hier,

mit Kath. Etia Witte von

Wegensulz, Friedrich Förster

von hier, Schneider hier, mit

Maria Wäher von hier. Jul.

Nach von Ronnenmeier,

Kaufmann hier, mit städt.

Schmitt von hier. Otto

Reitwisch von hier, Kaufmann

hier, mit Mina Penninger

von Gemmingen.

Geburten. Mina, Bat.

August Bauer, Metzger und

Wirt. Margaretha, Rosa

Anna, Vater, Rosinas Dir-

ner, Arbeiter. Hermann,

Vater Franz Glänklinger,

Piegeleibel. Bruno Josef,

Vater Leopold Jäger, Ma-

schmidt. Mathilde, Vater

Leopold Walter. Landwirt.

Zigaretten

100 Stück 10 Mk., gibt ab

Nich. Gräßling.

Galerie Moos

Kaiserstrasse 187 I.

September 1919

„Sturm“-

Ausstellung.

6582

Geöffnet:

Werktags: 10-6 Uhr.

Sonntags: 11-1 Uhr.

Blinden-Arbeit.

Gandhahaus - Birken

und Hohhaar - Birken

empfiehlt Wilh. Voos,

Bilforiastr. 6. 6583

Empfehle mich

zum Ankauf von

Offz. Uniformen

Schmucksachen

aller Art

Wäsche usw

6584

Gef. Angebote

erbittet!

Weintraub's

Er- u. Verhaufts-

Geschäft,

Leonerstraße 62

Telefon 3747.

6585

6586

6587

6588

6589

6590

6591

6592

6593

6594

6595

6596

6597

6598

6599

6600

6601

6602

6603

6604

6605

6606

6607

6608

6609

6610

Pfannkuch & Co.
Sischkonerven
Rippere-
heringe
Frühjahrs-
heringe

Für die Instandhaltung unserer elektrischen Betriebsanlagen, sowie zur Anfertigung neuer Anlagen, suchen wir zu baldigem Eintritt

2 Elektriker

Bewerber wollen sich unter Vorlage der erforderlichen Nachweise auf unserem Betriebsbüro melden.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. 6588

Ordentliche Frau
 zum Säropfen 2 mal vormittags in der Woche gesucht. 6584
 Adlerstraße 33, 3. Etz.

Feiner Damen-Putz

Zur Besichtigung der
Herbst und Winter-Neuheiten
 ladet höflichst ein

Maria Specht Inhaber:
 P. u. J. Specht
 Karlsruhe :: Kaiserstrasse 15

Fünfzehn Maurer

werden für dauernd eingestellt.
 Baustelle an südl. Vergrößerung des württba. Personen-Bahnhofes in Forzheim.
 Näheres daselbst und im Baugeschäft
Josef Held, Karlsruhe, Südbühnenstr. 24.
Kastatt, Kastatt.
 Verkauf von **Alt- u. Möbel Neu-Möbel**
 Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
 Kaiserstr. 49, Kaiserstr. 49.

Pfannkuch & Co.
Einmach-
Gläser
 mit Ring
 in allen Größen sehr preiswert empfohlen

Saatkartoffel-Bestellung.
 Die Bestellung von Saatkartoffeln für 1920 ist jetzt schon dringend, weil nach den neuen jetzigen Bestimmungen die Abnahme vor dem 30. Nov. 1919 getätigt sein müssen. 6570
 Wir fordern deshalb zur alsbaldigen Meldung des Bedarfs auf.
 Karlsruhe-Küppert, den 22. Sept. 1919.
 Städt. Landwirtschaftsamt
 Karlsruhe-Küppert.

Bekanntmachung.
 Infolge des niedrigen Rheinwasserstandes und des Wagenmangels sind seit mehreren Tagen die Kohlenlieferungen für das Gaswerk ausgeblieben. Erhebliche Lieferungen sind vorerst nicht zu erwarten; infolgedessen wird von Mittwoch, den 24. September an Gas nur noch in folgenden Stunden abgegeben:
 morgens von 6-7 Uhr,
 mittags von 11-12 Uhr,
 abends von 7-8 Uhr.
 von 1/8 Uhr an allmähliche Druckerminderung bis 10 Uhr, von 10 Uhr ab vollständige Sperre. 6508
 Karlsruhe, den 23. September 1919.
 Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Die Prüfung für den Straßen- und Dammeister-Dienst.
 Am 15. Oktober 1919. Beginnend wird eine Prüfung für den Straßen- und Dammeister-Dienst hier abgehalten werden. Gesuche um Zulassung sind mit den vorgeschriebenen Nachweisen längstens bis zum 5. Oktober 1. 19. an der einzureichen. Die Bedingungen vom 19. März 1900 Nr. 5408 mit den Zulassungsbedingungen kann bei den Wasser- und Straßenbau- und den Rheinbauinspektionen, sowie auf unserer Stangelei eingesehen werden.
 Karlsruhe, den 18. September 1919.
 Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Pianos
 erste Klasse Instrumente, in den verschiedensten Holzarten, in reicher Auswahl.
 Günstige Kaufbedingungen.

Odeon-Musikhaus
 Karlsruhe, Kaiserstrasse 175 — Telefon 339

Obstlieferung.
Apfel, Birnen, Zwetschgen,
 jedes gewünschte Quantum täglich verpackt bereit bei
M. S. Rimmelpacher
 Obstgroßhandlung
 Muggensturm bei Kastatt.
 Fernruf Amt Kastatt 507. 6226
 Für Wiederverkäufer günstige Gelegenheit.

Email-Geschirre
 werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 4608
Geschirr-Reparaturanstalt
 Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421

Pfannkuch & Co.
1 Waggon
Apfel

Elegante Herren-, Damen- und Knaben-garderobe
 fertigt schnell und billig Umarbeiten-Reparaturen.
Anton Kuhn, 2880
 Müppertstr. 20, S. 1/III.

Möbliertes Parterrezimmer
 in der Südstadt in Haus mit Einfahrt von Dauermieter gesucht. Gest. Anerbieten an das Volksfreundbüro unter Nr. 50 erbeten.

Karlsruhe, Meßplatz
 Haltestelle der Strassenbahn.

Nur 9 Tage!

Circus Hermann Althoff
 Eröffnungs-Vorstellung:
Samstag, 27. September
 abends 7 1/2 Uhr.

Vorverkauf: 6577
 Zigarrenhaus **Herm. Meyle**, am Marktplatz.

Preise der Plätze (ausschließl. Kartensteuer):

Loge num.	Sperrnum.	1. Platz	2. Platz	Galerie
M 6.00	M 5.00	M 3.50	M 2.50	M 1.50

Besonders vorteilhaftes Angebot!
Blusen-Kleider
 offen und hochgeschlossen zu tragen aus besten reingewaschenen Stoffen marineblau Cheviot und schwarz Tuch
 nur Mk. 195 00
Modehaus Hugo Landauer, Kaiserstrasse 143/145. 6571

Palast-Lichtspiele
 Herrenstrasse 11 Telephone 2502

Mittwoch bis mit Freitag!
 Der neue Wiener Kunstfilm
Maria Magdalena
 Drama in fünf Akten von Hebbel. 6507
 In den Hauptrollen die beliebtesten Künstler des Wiener Kunstfilm sowie der Wiener Sprechbühnen, u. a.
Thea Rosenquist
 vom Deutschen Theater in Wien.

Hansi Dege u. Gerhard Dammann
 mit ihrem zündenden Humor in
Tee oder Schokolade
 Eine karierte Geschichte in zwei Akten.
Künstler-Orchester

Baubund-Möbel
 kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichterte Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützig. Hausratgesellschaft **Badischer Baubund G. m. b. H.**
 Karlsruhe
 Karl-Friedrichstrasse 22 (Eckhaus Rondellplatz)
 Geöffnet vorm. 8-12 1/2, nachm. 2 1/2-6 Uhr.
 Fernsprecher 5157.

Empfehle meine neuzeitlich eingerichtete
Delmühle
 zum Schlagen sämtlicher Delnsaat.
 Mittwoch und Samstag für Neys,
 :: alle anderen Tage für Moh n. ::
 Gefehl. vorgeschriebene Maßscheine sind mitzubringen.
 Hochachtung 6572
Heinrich Schwab,
 Dammtweg 2 Karlsruhe-Daglanden Dammtweg 2.

Färberei u. chem. Waschanstalt
 von **August Reiser**
 empfiehlt sich zur Herbstsaison im
Reinigen, Waschen u. Färben
 von **Herren- u. Damengarderoben**
 sowie Stoffen aller Art 6410
 Tadellose Ausführung, rascheste Bedienung, billigste Berechnung.
 Hauptgeschäft: **Körnerstr. 18,** Telefon 2497.
 Filiale: **Markgrafenstr. 33,** Telefon 1387.

Sohl-Leder
 im Ganzen und im Ausschnitt, sowie **gestanzte Leder-Sohlen**
 zu haben bei 6470
Eduard Frisch, Lederhandlung
 Mühlburg, Rheinstraße 33.

Schreib-Maschine
 gebrauchte, zu kaufen gesucht.
Buchdruckerei Volksfreund
 Luisenstr. 24, Tel. 128.
Frauen und Männer!
 Profekt und aufklärende Broschüre über Hygien. Art. versendet verloschen und losienl. Jupiter-Verlag
 Ettlingen i. B. 6541

Pfannkuch & Co.
Salzgurken
 Stück 648
17, 22, 30

Residenz - Theater
(Lichtspiele)
Waldstr. 30 — Teleph. 5111.

Mittwoch bis Freitag
24. bis 26. September.

Unter der Peitsche d. Geschickes
oder
Franzisko der Brillanten-König.
Sensations-Kriminal-Drama in vier Akten.
Eine überaus spannende Handlung,
die durch Höhen und Tiefen des menschlichen Lebens führen.

Kurt'l feiert Verlobung.
Komödie in zwei Akten in
der Doppelrolle Hansi Damman.

Künstler - Kapelle.

Schindler
Der Verächter des Todes

fliegt heute Mittwoch
Aufsteigen zwischen 5 1/2 und 6 Uhr
Kasseneröffnung 4 Uhr Beginn des Konzerts 4 Uhr

Gute Restauration. 6583

Elise Ottmann
Damen-Putz
Karlsruhe i. B. Rüsppurrerstrasse 3 1/2

Sur Besichtigung
der letzten Neuheiten
lade ich höflichst ein

Kartoffel-Versorgung.
Nach der Verordnung des Bundesrats über die Kartoffel-Versorgung vom 18. Juli 1918 ist der Kommunalverband Karlsruhe-Stadt verpflichtet, die für die Ernährung der Karlsruher Bevölkerung erforderlichen Mengen an Speisekartoffeln zu beschaffen und darnach die Versorgung der Bevölkerung zu regeln.
Bis zum 16. November 1919 erhalten alle Haushaltungen, die nicht Seelbsterbiger sind, Kartoffeln auf Grund der Kartoffelmarken nach Maßgabe der allwöchentlichen Bekanntmachungen.
Für die Zeit vom 16. November 1919 bis 17. Juli 1920 (35 Wochen) können die Haushaltungen 3 Zentner Kartoffeln auf den Kopf unmittelbar vom Erzeuger auf Grund von Bezugsscheinen oder vom Kommunalverband Karlsruhe-Stadt im voraus beziehen (Winterbedarf).
A. Bezugsschein-Verfahren.
Wer diesen Winterbedarf vom Erzeuger beziehen will, hat sich dazu des Bezugsscheines zu bedienen. Bezugsschein-Vordrucke werden von
Mittwoch, den 24. September 1919
an beim Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe, Altkg. Kartoffelversorgung, Alter Bahnhof, Kriegsstraße, bei allen Volksgewächsen, bei den Gemeindefretariaten der Vororte und beim Rathausförtner annehmlich abgegeben; dort liegen auch Muster für die Ausfüllung der Vordrucke zur Einsicht bereit.
Die Bezugsschein-Vordrucke sind, einschließlich der unterschriebenen Zusage des Kartoffelbesizers, bis spätestens 18. Oktober 1919 unter Vorlegung der Lebensmittel-Ausweis-Karte dem städt. Nahrungsmittelamt, Altkg. Kartoffelversorgung, Alter Bahnhof, Kriegsstraße, zur Genehmigung vorzulegen. Dies muß zur Ermöglichung sofortiger Erledigung durch den Haushaltungsvorstand persönlich oder einer von ihm beauftragten Person geschehen. Jeder Schriftwechsel hierüber ist zu vermeiden. Für die Bezugsgenehmigung ist eine Gebühr von 10 Pfg. zu entrichten.
Die auf genehmigten Bezugsschein zu liefernden Kartoffeln müssen spätestens am 30. November 1919 versandt sein.
B. Lieferung des Winterbetrags durch den Kommunalverband.
Wer den Winterbedarf für 16. November 1919 bis 17. Juli 1920 vom Kommunalverband zu beziehen wünscht, hat ihn mündlich beim städt. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe, Altkg. Kartoffelversorgung, Alter Bahnhof, Kriegsstraße, unter Vorlage der Lebensmittel-Ausweis-Karte zu bestellen. Diese Bestellungen werden straßenweise, und zwar am
Mittwoch, den 24. September 1919
beginnend mit den Straßen des Anfangsbuchstaben A, entgegengenommen. Dabei ist anzugeben, ob geeignete und genügende Lagerräume zu Gebote stehen. Der Zeitpunkt, in welchem die Kartoffeln zugeführt werden, wird besonders bekannt gegeben, desgleichen der Preis für diese Art der Lieferung.
C. Kauf gegen Kartoffelmarken.
Wer den Winterbedarf nach A oder B im voraus eingedeckt hat, erhält für die Zeit vom 16. November 1919 bis 17. Juli 1920 keine Kartoffelmarken. Für alle anderen Haushaltungen verbleibt es auch während der Zeit vom 16. November 1919 bis 17. Juli 1920 beim wöchentlichen Bezug gegen Kartoffelmarken.
Die näheren Bestimmungen über das Bezugsschein-Verfahren sind aus dem Bezugsschein-Vordruck ersichtlich. Mündliche Auskunft wird an den Schaltern des Nahrungsmittelamts der Stadt Karlsruhe, Abteilung Kartoffelversorgung, Alter Bahnhof, Kriegsstraße, jederzeit bereitwillig erteilt; schriftliche Anfragen dagegen können bei dem Umfang der Geschäfte der Kartoffel-Versorgung keine Berücksichtigung finden. Die Schalter sind ohne Unterbrechung von morgens 9 Uhr bis abends 5 Uhr geöffnet.
Karlsruhe, den 19. September 1919. 6513
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.
Altkg. Kartoffel-Versorgung, Alter Bahnhof, Kriegsstraße.

Soziald. Verein Karlsruhe.
Frauen-Sektion.
Donnerstag, den 25. d. Mts., abends 8 Uhr
findet in der „Goldenen Rose“, Amalienstraße eine
Frauen-Versammlung
statt. Tagesordnung:
1. Bericht vom badischen Parteitag.
2. Bericht von der badischen Frauenkonferenz.
Referentinnen:
Genossinnen Bernauer, Müller und Stoll.
3. Organisation und Agitation.
Siehe laden wir die Genossinnen mit der Bitte um zahlreichen Besuch freundlichst ein. 6528
Der Vorstand.

Bekanntmachung.
Wir bringen hiermit zur Kenntnis aller Fabrikanten, Grossisten, Detailisten und Gewerbetreibenden, dass wir für den Bezirk **Mittelbaden** eine
Haupt-Vertretung
mit dem Sitz und Geschäftslokale in **Karlsruhe, Kriegsstrasse 204**, errichtet und die Verwaltung dem Handelsanwalt Herrn
Guido Roth
dasselbst übertragen haben.
Interessenten verlangen Prospekte, Geschäftsbedingungen, Antragsformulare und jede weitere Auskunft bei unseren Vertretern oder direkt vom
Zentral-Handels-Nachweis
Aktien-Gesellschaft
Gesellschaft zur Förderung der deutschen Handelsinteressen
Frankfurt a. M. 6489
Telephon: Amt Tannus 4611.
Telegramme: Handelsnachweis Frankfurtam.
An allen, selbst kleinen Plätzen des Bezirkes werden Bezirks- oder Platzvertreter, Vertrauensmänner etc., auch im Nebenamt, gesucht und wollen Interessenten aus dem Handelsstand ausführliche Bewerbungen dem bezeichneten Hauptvertreter einreichen.

Friseur- u. Perückenmacher-Zwangs-Innung.
Meister- u. Gehilfen-Versammlung
Wir machen hierdurch bekannt, dass am **Freitag den 26. Sept. d. J., abends 8 Uhr**, eine **gemeinsame Versammlung** der Innungsmitglieder und der bei denselben beschäftigten Gehilfen und Gehilfinnen im **Saal III der Brauerei Schrempf**, Waldstr. 16, stattfindet. Die Tagesordnung wird den Gehilfen durch deren Arbeitgeber zugestellt. 6548
Karlsruhe, den 22. September 1919.
Der Innungsvorstand.

Welt-Kino
Kaiserstrasse 133.
Vielseltiger Nachfrage wegen bis Freitag, den 26. September verlängert.
4 Akte! 4 Akte!
Der grösste Kulturfilm
mit den gewaltigsten Sensationen,
der alles Dagewesene übertrifft.

Gehetzte Menschen



Gehetzte Menschen
Der Leidensweg eines durch das Schicksal gepöignigten Waisenmädchens, aus dem Russland vor dem Kriege mit
Clara Kimball Young
in der Hauptrolle. 6582

Ausserdem:
Das ungelungene Lustspiel
Sein einziger Patient
mit Ernst Lubitsch in der Hauptrolle.

Bayerischer Gebirgstrachten und Alpenliederverein
„Almrausch“
hier Restaurant „zur Germania“, Belfortstr.
Jeden Samstag abend gemüthliches Beisammensein bei Zitherpiel und Sang. 6576
Ordentliche, friedliebende Landsleute jederzeit herzlich willkommen. Der Vorstand.

Aluminium-Kochgeschirre u. Haushaltungsgegenstände
aus reinem, neuem Aluminium hergestellt, sind die besten und dauerhaftesten der Gegenwart.
Hygienisch einwandfreie Geschirre.
Keine gefahrbringenden Splitter wie bei Emaille, oder schädliche Verbindungen, wie bei Messing, Kupfer usw. 6410
Sie kaufen vorteilhaft im
Aluminium-Spezial-Geschäft
Gustav Nürnberger
Waldstraße 26, (neben Residenz-Kino)
ständiger Eingang neuer Waren.